

Besprechungen

Gustav Gundlach: Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft. 2 Bde. Köln 1964. Verlag Bachem. 679 u. 700 S.

Gustav Gundlach († 23. 6. 1963) hat wohl wie kein anderer in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung und Entfaltung der Katholischen Soziallehre beeinflusst: Er war maßgeblich an den Vorarbeiten zur Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ Pius XI. beteiligt; als sozialwissenschaftlicher Berater Pius XII. hat er entscheidend zur Vertiefung und zum systematischen Ausbau der Katholischen Soziallehre beigetragen. So sind wir der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, deren erster Leiter Gundlach bis zu seinem Tode war, dankbar, daß sie uns mit diesen beiden Bänden den Zugang zu seinem sich über vier Jahrzehnte erstreckenden, in den verschiedensten Publikationsorganen verstreuten Schrifttum in systematischer Ordnung vermittelt.

Im ersten Band sind die Beiträge folgendermaßen aufgegliedert: Die Katholische Soziallehre, Kirche und Gesellschaft, Christlich-soziale Bewegung, Eigentum, Staat; im zweiten Band: Kritik der gesellschaftlichen Ordnungssysteme, Klasse-Stand, Beruf-Berufsständische Ordnung, Sozialreform-Sozialpolitik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Einzelfragen, Varia. Besonders dankbar wird man die Veröffentlichung des Vorlesungsmanuskripts über „*Grundzüge der Gesellschaftslehre*“ (I, 66—107) begrüßen, nicht minder aber auch den Nachdruck der heute nur schwer erreichbaren Dissertation Gundlachs „*Zur Soziologie der katholischen Ideenwelt und des Jesuitenordens*“ (I, 202—287). Das Sammelwerk beschließen eine Bibliographie (II, 621—630), ein Personen- und ein Sachregister sowie eine kurze Biographie Gundlachs.

Ohne hier das sozialwissenschaftliche Werk Gundlachs in seinem Ideengehalt zu würdigen — das würde eine eigene Studie erfordern —, macht dieses Sammelwerk doch so viel deutlich, daß es Gundlach vornehmlich darum ging, die naturrechtlich-christliche Tradition in der Konfrontation mit den sozialen Fragen der Zeit ergiebig zu machen. Gundlach war sich bewußt, daß die Katholische Soziallehre kein fertiges und abgeschlossenes System darstellt, daß es ihr vielmehr aufgegeben ist, ihre Grundpositionen an den Fragen des geschichtlich-sozialen Prozesses immer wieder neu zu überprüfen und zu vertiefen und sie so für die Gestaltung des sozialen Lebens, und das heißt für Gundlach: für das Wohl des Menschen in seinen gesellschaftlichen Verflechtungen fruchtbar zu machen: Die Katholische Soziallehre ist

in einem statisch und dynamisch. So sehr darum das Werk Gundlachs einen Höhepunkt der Katholischen Soziallehre darstellt, es ist kein Abschluß. Ferner: Die Katholische Soziallehre ist für Gundlach vornehmlich Sozialphilosophie — aber nicht im Sinne des *l'art pour l'art*, sondern sie ist zweckbestimmt und steht im Dienste des Menschen und seines Wohles in der Gesellschaft. Bei aller wissenschaftlichen Nüchternheit — Gundlach kommt aus der neuscholastischen Schule — steht hinter all den hier vorgelegten Beiträgen ein Mann mit einem heißen Herzen, ein Mann, der sich engagiert weiß — und sich auch persönlich engagierte, als es darauf ankam. Man lese hierzu nur die Beiträge „Katholizismus und Deutschtum“ (II, 11—14) und „Entwertung des Menschen — Bemerkungen zu einer Theologie des Nationalismus“ (II, 27—39). Es ist darum wohl kein Zufall, daß uns dieser engagierte Gundlach keine systematische Katholische Soziallehre hinterlassen hat; dem Sozialphilosophen Gundlach ging es um „angewandte Katholische Soziallehre“ (I, 30).

Rudolf Lange, Bamberg

Peter Christian Ludz (Hrsg.): Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. (Sonderheft 8 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.) Köln und Opladen 1964. Westdeutscher Verlag. 540 S.

Das umfangreiche Werk stellt den ersten Versuch dar, eine Gesellschaft, die nach dem Vorbild der bolschewistischen Gesellschaft geformt worden ist, zu untersuchen, um festzustellen, wie die Individuen und Gruppen zu bestimmten Formen des Füreinander und Miteinander kommen, welchen Einfluß darauf die marxistisch-leninistische Ideologie ausübt und wie diese Ideologie unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse sich modifiziert. Eine Gruppe von Historikern und Soziologen hat diese Probleme in einer Reihe von Arbeiten in Angriff genommen. Dieser Versuch ist, um es gleich vorwegzunehmen, im wesentlichen gelungen.

Die Arbeiten sind in sechs Abschnitten zusammengefaßt. Der erste Abschnitt bildet den theoretischen Bezugsrahmen. Hier hat der Herausgeber sich selbst an den Entwurf einer Theorie der totalitär verfaßten Gesellschaft herangemacht. Im zweiten Abschnitt werden Beruf und Familie behandelt, der dritte schildert das Miteinander und Füreinander im industriellen Betrieb; Schule, Forschung und Universität in ihrem Ringen mit der Ideologie füllen den vierten Abschnitt, während der fünfte sich mit dem Funktionswandel der Ideologie beschäftigt. Der sechste Abschnitt endlich behandelt Soziologie und Philosophie vom Standpunkt einer Gesellschaft bolschewistischen Typs aus. Den Abschluß bildet eine von Barbara *Heidenheim* und Eckard *Kämpfer* zusammengestellte Bibliographie zur Soziologie der DDR. Sie enthält 1554 Titel. So ist sie nicht nur ein Muster von Fleiß, sondern vor allem ein wertvolles Hilfsmittel für

die von Christian Peter Ludz aus der Taufe gehobene wissenschaftliche Soziologie der DDR.

Das Werk von Ludz und seinen Mitarbeitern gibt eine ganze Reihe neuer Gedanken und Gesichtspunkte. Weil sie interessant sind, fordern sie kritische Überlegungen heraus. René König meint, das Interview sei „der Königsweg der Sozialforschung“. Dieser Weg war nach Lage der Dinge für Ludz und seine Mitarbeiter nicht beschreibbar. Sie haben sich vielmehr für eine Methode entschlossen, die Karl Brandt die „historisch-statistische Analyse“ nennt. Die rein sachliche, von politischen und weltanschaulichen Werturteilen freie Analyse der gedruckten Quellen war also die einzige Möglichkeit, um Kenntnisse über einige wichtige Teilstrukturen der Gesellschaft der DDR zu gewinnen. Deshalb muß der Leser zusammen mit dem Herausgeber auf eine Darstellung der religionssoziologischen Verhältnisse, der Probleme der Rechts- und Agrarsoziologie verzichten. Der Leser muß sich weiter damit abfinden, daß er nicht sogleich erfährt, was unter dem Begriff „totalitär“ zu verstehen ist. Ludz meint, der Begriff des Totalitarismus sei noch nicht genügend ausgereift. Er ist einmal ein politischer Begriff, und dann voller Werturteile, weiter hat er erkenntnistheoretische und damit „erkenntnisweisende“ Bedeutung, und drittens endlich bezeichnet er die Herrschaftsform selbst in ihren realen Gegebenheiten.

Ludz sucht dagegen ein „präzises Begriffsinstrumentarium und Kategorienschema“. Dann will er die historisch abgrenzbare Gesellschaftsordnung der DDR analytisch durchdringen. Deshalb formuliert er sein Thema dahin: „Welche soziologischen Begriffe sind hinreichend für eine Analyse der bolschewistischen Gesellschaft unter Berücksichtigung des Wandels der marxistischen Ideologie, die diese Gesellschaft selbst reflektiert?“ Ludz geht also davon aus, daß die bolschewistische Gesellschaft gegeben ist, und gegeben ist weiter die marxistische Theorie, durch die sich diese Gesellschaft selbst bewußt wird und sich rechtfertigt. Diese Gesellschaft ist historisch durch einen Gewaltakt entstanden. In ihr herrschen Terror und Zwang, die aber „jeweils einen anderen Stellenwert einnehmen.“ Sie wandelt sich ständig aus sich heraus. Deshalb ist sie weder mit dem Ideal- noch mit dem Durchschnittstypus „totalitäres System“ adäquat zu erfassen. Mit dem Idealtypus Max Webers ist nicht zu arbeiten, weil er „seiner Anlage nach einer empirischen Kontrolle nicht unterworfen werden kann“. Ludz will also keine statische, sondern eine dynamische Theorie geben.

In großen Zügen fordert er: Nachdem die Gruppen der SED und der KPdSU die Herrschaft an sich gerissen hatten, haben sie sich sofort veranlaßt gesehen, sich selbst mit Hilfe eines ideologisch-utopischen Programms zu verständigen und zu deuten. Sie wollten sich damit gewissen Erscheinungen des sozialen Lebens und anderer konkurrierender Gruppen gegenüber abgrenzen, die noch aus der

vorbolschewistischen Vergangenheit mit Resten vorhanden waren. Dann kommen gesellschaftliche Konflikte zum Vorschein. Die sich daraus ergebenden Probleme sind in erster Linie für eine soziologische Theorie bolschewistischer Gesellschaftssysteme zu berücksichtigen. Im Vordergrund steht zunächst der fundamentale Konflikt zwischen Ideologie und Organisation, der aus der von der SED beabsichtigten Umgestaltung der Gesellschaft entsteht. Ludz bezeichnet ihn als den Grundkonflikt der DDR-Gesellschaft.

Die Ideologie der klassenlosen Gesellschaft entspricht nun keineswegs der Realität. Da man aber die Ideologie mit ihren Begriffen nicht aufgeben kann, weil man sich sonst selbst aufgeben würde, so werden diese mit der Realität nicht mehr zu vereinbarenden Begriffe zu Leerformeln. Das „bedeutet eine ständige Vergrößerung des formalen Geltungsbereiches und damit Hand in Hand gehend eine zunehmende Inhaltseentleerung“. Auf diese Weise kann die Ausübung der Macht und der Herrschaft gleichermaßen erleichtert und u. U. aber auch erschwert werden. Alles das ist die Basis, auf der eine Reihe neuer Probleme entsteht. Zuerst das Problem der Rollenzwänge und der Rollenerwartungen, dann die Probleme der Sanktionen, die ein Abweichen von den Rollenerwartungen verhindern sollen. Sanktionen werden aber keineswegs nur durch die Gerichte verhängt, sondern durch bestimmte soziale Träger der „Gruppenöffentlichkeit“. Diesen Begriff übernimmt Ludz von *Popitz*, ohne ihn jedoch zu definieren. Nach *Popitz* besteht die Gruppenöffentlichkeit darin, daß bestimmte Gruppen öffentlich Tadel und Lob für das Verhalten einzelner Individuen aussprechen, je nachdem sie den Rollenerwartungen entsprechen oder nicht entsprechen.

Ludz sieht seine Aufgabe in der theoretischen Einleitung darin, daß er Probleme und aus den Problemen Kategorien und Begriffe sucht. Darin hat er bei der Verschwommenheit der vorhandenen Begriffe des Totalitarismus durchaus recht. Im übrigen besteht die Methode der Wissenschaft ja darin, Probleme zu suchen, zu erkennen und sie dann systematisch zu ordnen und zu lösen. Die Ansätze dazu hat Ludz gezeigt. Es ist allerdings nicht immer leicht, ihm zu folgen, weil sein etwas komplizierter Stil und die öfter vorkommenden überlangen Sätze das Verständnis erschweren.

Unter den übrigen Abhandlungen ergreift Ludz noch einmal das Wort zum Stand der Soziologie und der empirischen Sozialforschung in der DDR. Soziologie und Sozialforschung sollen für die herrschenden Kreise Informationen verschaffen und die Kontrolle der Gesellschaft erleichtern. Ludz stellt dazu zusammenfassend fest: „Programm, organisatorischer Aufbau, Kategorien und Methoden der Soziologie und der empirischen Sozialforschung in der DDR vermitteln den Eindruck der Naivität des Planungsoptimismus“. Die Soziologie in der DDR ist an den historischen Materialismus gebunden, und die Soziologen sind der autoritären Kontrolle durch die SED-Parteiführung unterworfen.

Die übrigen Beiträge der einzelnen Abschnitte fügen sich mehr oder weniger in den von Ludz gegebenen theoretischen Rahmen. Am Schluß des Buches scheint mir doch eine Zusammenfassung zu fehlen darüber, was die einzelnen Arbeiten dazu beigetragen haben, den Begriff des Totalitarismus zu klären, und inwieweit sie dazu geholfen haben, Klarheit über das der DDR auferlegte bolschewistische Gesellschaftssystem zu bringen. Wäre hier nicht vielleicht der Ort gewesen, an Hand der Arbeiten Otto Stammers die Klärung des Totalitarismusbegriffes zu fördern?

Schade ist, daß der Band kein Schlagwort- und Namensverzeichnis enthält.

Über der Kritik soll man aber nicht vergessen, daß Ludz als erster den Mut gehabt hat, an die soziologischen Probleme einer Gesellschaft bolschewistischen Typs heranzugehen. Das ist ein Verdienst, das volle Anerkennung verlangt.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Carl Joachim Friedrich: Man and his Government. An Empirical Theory of Politics. New York-San Francisco-Toronto-London 1963. McGraw-Hill Book Company Inc. 737 S.

Die Erfahrungen der historischen und der gegenwärtigen Menschheit in einem Bogen umspannend — und darin sehen wir das Hauptverdienst dieser großen Übersicht, in die die einzelnen Problemkreise eingelagert sind —, gewinnt der Verf. im Wege der systematischen Analyse seine empirische Theorie der Politik. Sie schließt die Ordnung der Werte und Ideen ebenso ein wie die der Räume, in denen sich hart die Sachen stoßen, besonders in dem bisher größten politischen Raum, in der werdenden einen Welt, mit der die Betrachtung schließt.

Daß eine so umfassende Darstellung der Fachkritik breite Angriffsmöglichkeiten bietet, ist selbstverständlich und unvermeidlich. Bereits auf den ersten Seiten zeigt sich ein prinzipieller Widerspruch, der u. E. darin liegt, daß der Verf. für die Zwecke seiner Modell- und Stilbildung selbst hochgradig abstrahiert (was in den zahlreichen politicometrischen Formeln, wenn dieser von uns gewählte Begriff sinnvoll sein sollte, zum Ausdruck kommt), während er andererseits der Geschichtssoziologie für ihre Realanalyse die gleiche Methode der Elimination gesellschaftlicher Elemente nicht zugestehen will, sie vielmehr in diesem Falle als einseitig und irreführend ablehnt. Und zwar deshalb, weil der Mensch „in a very basic sense a plural being“ sei (S. 42). Das ist gewiß richtig. Aber ist es nicht auch richtig, wenn der Dichter, die vom Verf. vertretene Kaleidoskop-Theorie der „variability and multiplicity of purpose“ negierend, schlicht und doch im Einklang mit der Geschichte sagt: „Der Hunger und die Liebe erhalten das Weltgetriebe“? Ist nicht das Bevölkerungswachstum mit den daraus entstehenden Problemen seit undenklichen Zeiten eine der dringendsten und schwierigsten Aufgaben der Politik? Und hat der

Hunger, insbesondere der Hunger nach Macht, im unmittelbaren Zusammenhang damit nicht die gleiche entscheidende Rolle gespielt, bis auf den heutigen Tag?

Setzen wir für die Macht im allgemeinen den engeren Begriff der (staatlichen) Souveränität und für das Bevölkerungswachstum den weiteren Begriff der gesellschaftlichen Existenz, dann haben wir die beiden Eckpfeiler für das geschichtliche Parallelogramm der Kräfte, das nach einer von mir durchgeführten geschichtssoziologischen Analyse mittels der Produktivitäts-Sekuritäts-Dialektik vom Stadtsozialismus zum Staatssozialismus (Merkantilismus) und über die Weltwirtschaft zur Weltunion führen wird (wobei der Kontinentalismus als Prinzip überholt und als gedachte Übergangsstufe zu einer neuen Weltordnung eher hinderlich ist, weil er praktisch zur Abschließung anstatt zur Aufschließung in die höchste Dimension führt). Ähnlich wie Gustav Schmoller erkennt auch der Verf. (S. 527 ff.) in der konkreten geschichtlichen Gestaltung die Ebenen (levels) der lokalen Ordnung (der mittelalterlichen Stadt), der Regionen, des nationalen Staates und der Imperien (denen er als mögliche weitere Stufe eine Weltgemeinschaft, world community, folgen läßt). Aber obwohl er (a.a.O.) von den „special problems of federalism as the process of linking autonomous communities of a lower level to constitute a higher one“ spricht, ist er doch, gleich jenem, der Meinung, daß es keinen erfassbaren Determinismus der Geschichte, d. h. der modernen Geschichte, gäbe. Die indeterministische Welt, so sagt er (S. 16), ist eine Welt von „Orthopraxis“, in der freie Menschen, Persönlichkeiten, darüber entscheiden, was in einer Situation zu geschehen habe, in die sie hineingestellt sind.

Dem können auch wir, von unserem Standpunkt aus, nicht widersprechen. Denn es sind ohne Zweifel die Menschen, die ihre Geschichte machen. Die Frage ist nur, ob sie dabei immer eine echte Wahl haben (und auf Antrieb das Richtige treffen). Wählen wir, wobei wir uns auf erkennbare Realitäten beschränken, zwei Beispiele: das Problem Agrarstaat-Industriestaat und die Frage des Imperialismus. Im ersten Falle waren und sind die Menschen nicht frei, weil der Zwang zur Wirtschaftlichkeit, zu gesteigerter Produktivität infolge des Bevölkerungswachstums vor allem, bei Strafe des Unterganges oder Niederganges, ihnen den Weg vorschreibt. Das gilt für das Reagrarisierungsprogramm des Potsdamer Abkommens nicht minder wie für die Gebiete der ehemaligen Monokulturen, die unter dem gleichen wirtschaftlichen Gesetz stehen. Beim Imperialismus ist das etwas anderes, weil er, historisch gesehen, keine unbedingt notwendige Entwicklungsstufe darstellte (während er heute ein reiner ideologischer Willkürakt ist). Der Beweis ist darin zu sehen, daß alle traditionellen Kolonialmächte, mit geringfügigen Ausnahmen, ihre Herrschaft (und große Teile ihres Anlagekapitals) verloren haben — und dennoch, und zwar weit besser als früher, existieren. *Bismarck* hatte das instinktiv erfaßt, als er es ablehnte, ein „Kolonialmensch“

zu werden. Wäre das Wilhelminische Deutschland noch einen Schritt weiter gegangen und hätte es sich, anstatt auf einem Seewettrüsten zu beharren (das die Wirtschaftsblockade, die letzte und entscheidende Ursache unseres Zusammenbruchs im ersten Weltkrieg, nicht verhindert), auf die nur scheinbar diffamierende Rolle eines ‚Festlanddegens‘ beschränkt, wer weiß, wie die Welt heute aussähe?

Unter diesen Aspekten und mit Rücksicht besonders auf die jüngste deutsche Geschichte kann der zitierte Leitspruch des Verf. (S. 23) „Never ask me what I have said, or what I have written, but if you will ask me what my present opinions are, I will tell you“ schwerlich gutgeheißen werden, für die reine Theorie vielleicht, für die große Politik bestimmt nicht.

Julius Gumpert, Berlin

George W. F. Hallgarten: Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg. Band I, XXVI und 676 S., Band II, VII und 721 S. Zweite durchgearbeitete und stark erweiterte Auflage. München 1963. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.

Friedrich *Meinecke* schrieb im Jahr 1927 über das deutsch-englische Bündnisproblem: „Es hing alles untereinander zusammen: Export-industrialismus und Flottenbau, Tirpitzsche Flottengesetze und Miquelsche Sammlungspolitik, die die arbeitgebenden höheren Schichten in Stadt und Land gegen das Proletariat zusammenfaßte und den Zwecken der Flottenpolitik, zugleich aber auch den Staat den materiellen Interessen dieser Klassen dienstbar machte und dadurch den sozialen Riß in der Nation vergrößerte.“ Diese Kräfte, die damals im Hintergrunde wirkten, bildeten das Fundament der Außenpolitik und gaben der Tätigkeit der Diplomatie den Impuls. Sie will Hallgarten auf ihre typischen Erscheinungen und Wirkungen hin untersuchen und in systematischem Zusammenhang schildern. Damit folgt er nicht der politisch-diplomatisch ausgerichteten Geschichtsforschung, sondern die Geschichtsforschung soll ihm als Grundlage für eine soziologische und politische Betrachtung einer Geschichtsepoche dienen, die mit Bismarcks Entlassung beginnt und mit dem ersten Weltkrieg endet. Er nennt sie die Zeit des deutschen Imperialismus. Imperialismus ist für Hallgarten das politische Ausdehnungsbestreben einer aufblühenden kapitalistischen Welt. Der deutsche Imperialismus wird also nicht als Sondererscheinung, sondern als ein Teilvorgang in einer weltweiten sozialen und ökonomischen Entwicklung betrachtet.

Inwieweit nun diese Entwicklung von geistigen oder materiellen Momenten hervorgerufen wird, ist für Hallgarten eine sinnlose Frage. Seiner Meinung nach kann eine Entwicklung von Ideen ohne entsprechende Umwälzung des sozialen Unterbaus, d. h. der ökonomischen und sozialen Struktur der Gesellschaft, nicht vor sich gehen. Ideen benötigen einen bestimmten gesellschaftlichen Boden, auf dem sie entstehen und gedeihen können. An dieser Stelle tritt bereits die

Neigung Hallgartens hervor, Dinge und Entwicklungen zu einfach zu sehen. Er übersieht die dialektische Wechselwirkung zwischen den geistigen und den materiellen Kräften, die die Gesellschaft gestalten und damit auch die Politik beherrschen.

Aus dieser Tendenz, Verhältnisse und Entwicklungen zu sehr zu vereinfachen, ergibt sich die Neigung zur Hypostasierung. Ein Abstraktum wird als Person betrachtet, die bestimmte Ziele verfolgt, bestimmte Eigenschaften hat und damit auf die Außen- und Innenpolitik einwirkt. So wird z. B. vom „whigistischen Raubhandelskapital“, vom „englischen Handelskapitalismus“ und vom „parasitären Berliner Finanzkapitalismus“ gesprochen. Damit aber werden nicht Tatsachen, nicht soziologische Beziehungen, sondern selbstkonstruierte Wesen geschildert, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Auf diese Weise kommt es dann leicht dazu, daß Nebensächlichkeiten überbetont werden, wenn z. B. der General v. Alten einen kapitalistischen Flügel des Militärs repräsentieren soll, weil eine Verwandte von ihm den reichsten Mann Englands, den Herzog von Devonshire, geheiratet hatte. Solche Übertreibungen liegen auch vor, wenn der bekannte Pan Slavist Katkow zum kapitalistischen Industriellen gestempelt wird. Nach der großen sowjetischen Enzyklopädie ist er aber nur Verleger der Zeitung Moskovoje Vednosti gewesen. Auch der Franzose Paul Leroy-Beaulieu wird als Finanzkapitalist (was ist das?) bezeichnet; er war damals einer der bekanntesten und führenden französischen Professoren der Nationalökonomie. Wenn vom protestantischen bayrischen Ministerpräsidenten Hohenlohe gesprochen wird, so ist das falsch. Hohenlohe war ein liberaler Katholik. Die Vertraute Holsteins heißt nicht Frau Dr. Lebbin, sondern Frau v. Lebbin, und Podbielski war nicht preußischer Postminister, den es damals gar nicht mehr gab, sondern Staatssekretär des Reichspostamts.

Der wissenschaftliche Wert des Werkes muß leiden, wenn man z. B. über Miquel folgendes liest: „Miquel, dieses fuchsgesichtige Gemisch aus Strebertum, Snobismus, Agrarinteresse und Kornzollwünschen.“ Ebenso ist es ein Mangel wissenschaftlicher Objektivität, wenn zwar die deutsche Kolonialpolitik und die Tätigkeit der deutschen Kolonialgesellschaften an Hand der von Erzberger und dem Zentrum seiner Zeit vorgebrachten Angriffe getadelt wird. Es wird dann aber nicht auch erwähnt, daß besonders in Kiautschau eine Bodenpolitik mit bodenreformerischem Einschlag getrieben wurde und daß der Staatssekretär Dernburg die Angriffe des Zentrums weitgehend hat zurückweisen können, so daß sich die Zentrumsfraktion des Reichstages von ihrem Vertreter Roeren distanziert hatte.

Aber man wird dieser Neigung wegen, Dinge zu vereinfachen, Hallgarten nicht unter die terribles simplificateurs rechnen dürfen, von denen Jacob *Burckhardt* spricht. Hallgartens Verdienst besteht darin, daß er die soziologische Bedingtheit der Außen- und Innenpolitik aufgezeigt hat. Er hat ferner deutlich gemacht, wie außenpolitische Ereignisse über soziologische Medien auf die Innenpolitik zurück-

wirken und umgekehrt. Damit hat er die Legende vom Primat der Außenpolitik zerstört. Zu diesem Zweck hat er ein ungeheuer umfangreiches Material aus allen erreichbaren Archiven mit großem Fleiß gesammelt und ausgewertet. Er konnte dabei verschiedene Unzulänglichkeiten sachlicher Art in den amtlichen deutschen Aktenpublikationen zur Vorgeschichte des ersten Weltkrieges nachweisen und richtigstellen. Doch die Fülle des Materials, die Hallgarten in den beiden Bänden seines Werkes aufgehäuft hat, wirkt auf den Leser erdrückend. Es ist ein hochgetürmter Bau entstanden, dem aber die durchsichtige und übersichtliche Konstruktion fehlt. Wenn man den Bau betritt, so hat man den Eindruck, als würde man vom Hausherrn über die Hintertreppen der Geschichte in die oberen Stockwerke geführt. Das liegt daran, daß Hallgarten seine Schilderung nicht gestrafft in den sozialökonomischen Rahmen der Epoche stellt, die er untersucht. Das aber war die Wirtschaftsgesellschaft, die sich zur Industriegesellschaft entwickelte, die weiter die pluralistische Gesellschaft zur Folge hatte, die wiederum einen konstitutionellen Staat mit stark autoritärem Einschlag trug. Pluralistisch ist eine Gesellschaft, in der viele sekundäre, heterogene Gruppen entstehen, die alle verschiedene Interessen vertreten. Die Funktion der pluralistischen Gesellschaft ist es, den Ausgleich von Interessen und Konflikten herbeizuführen und dazu Einfluß auf die politische Willensbildung zu gewinnen. Wenn also die großen gesellschaftlichen und ökonomischen Gebilde politischen Einfluß erstreben, so ist das an sich nicht verwerflich. Politische Katastrophen brauchen nicht die Folge zu sein. Entscheidend ist, ob die politische Führung klare politische Ziele hat und ob sie das Mögliche vom Unmöglichen zu unterscheiden vermag. Seit dem Abgang Bismarcks fehlte es in Deutschland an beidem. Alle diese gesellschaftlichen Voraussetzungen sind bei Hallgarten nicht als „Unterbau“ seiner Darstellung benutzt worden. Da er es unterlassen hat, bleibt seine Arbeit eine geistig nur schwer verdauliche Materialsammlung.

Für den, der sich auf dem von Hallgarten beschrittenen Weg mit den Problemen des Imperialismus beschäftigen möchte, werden die beiden Bände bei kritischer Benutzung ein brauchbares Nachschlagewerk sein, und besonders wird man dann das 31 Seiten umfassende ausführliche Literaturverzeichnis begrüßen.

Eine russische Übersetzung des Werkes liegt seit 1961 vor.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Mao Tse-tung: Ausgewählte Schriften. (Aus dem Chinesischen übersetzt, herausgegeben, eingeleitet und mit einem Kommentar und Anmerkungen versehen von *Tilemann Grimm* in Zusammenarbeit mit *Christian Herzer* und *Bodo Wiethoff*.) Frankfurt a. M. 1963. S. Fischer Verlag. 396 S.

Je mehr sich die chinesische Volksrepublik in das Rampenlicht der Weltpolitik schiebt, um so größer wird das Interesse für die Gedanken ihres geistigen Führers. Mao Tse-tung, der schon Rabindranath

Tagore als bedeutender chinesischer Lyriker bekannt gewesen ist, hat sich aus revolutionärer Gesinnung schon 1919 dem Marxismus angeschlossen. Von Anfang an nicht nur praktisch-politisch, sondern auch theoretisch interessiert, hat er die Grundgedanken des dialektischen und historischen Materialismus doch erst nach den Strapazen des „langen Marsches“ (1934/35) wissenschaftlich erörtert, erläutert und weiterzuführen gesucht. In diesen, von dem Herausgeber vorangestellten theoretischen Arbeiten „Über die Praxis“, „Über die Widersprüche“ u. a. erweist sich Mao als wohl bewandert in der marxistischen Soziologie und leninistischen Erkenntnistheorie. Sehr bemerkenswert ist Maos Rede „Zur Frage der richtigen Lösung von Widersprüchen im Volke“ (1957); weist er hier doch darauf hin, daß auch in einem sozialistisch-kommunistischen Land „antagonistische“ Gegensätze, wie zwischen Volk und Partei bei schlechter Parteiführung oder in- und ausländischen konterrevolutionären Bewegungen entstehen können. Eine nach den Aufständen in Mitteldeutschland, Polen und Ungarn sehr aufschlußreiche Erkenntnis!

Den theoretischen Aufsätzen folgen die Schriften zum Thema „Revolution“. Wichtig ist hier das vierte Dokument über die Notwendigkeit, die Intelligenz zu gewinnen, und das fünfte über die gesellschaftlichen Triebkräfte der chinesischen „neudemokratischen Revolution“ (S. 151). Seit 1940 gewinnt die chinesische kommunistische Bewegung zunehmend ihr eigenartiges ideologisches Profil. „Die sogenannte neudemokratische Revolution ist die antiimperialistische, antifeudalistische Revolution der breiten Volksmassen unter Führung des Proletariats“ (S. 152).

Das ausgeprägte Agrarinteresse von Mao Tse-tung kommt in zahlreichen Schriften und Reden agrarpolitischen Inhalts zum Ausdruck. Das wichtigste Dokument ist hier die Rede „Zu Fragen der Kollektivierung der Landwirtschaft“ (31. 7. 1955). „Wir müssen darauf vertrauen, daß 1. die Bauernmassen bereit sind, unter Führung der Partei schrittweise den sozialistischen Weg zu gehen, und daß 2. die Partei fähig ist, die Bauern auf dem sozialistischen Weg zu führen“ (S. 243).

In den beiden letzten Abschnitten des Sammelwerkes sind die Aufsätze und Reden über „Die revolutionäre Partei“ und „Über den revolutionären Krieg“ vereinigt. Mao entwickelt hier die Grundsätze der Parteipolitik und des operativen Partisanenkrieges. Krieg und Frieden seien wechselnde Aggregatzustände einer widersprüchlichen Situation.

Über die weltpolitisch höchst bedeutsamen Äußerungen Maos seit den vierziger und fünfziger Jahren werden in dem vorliegenden Buche nur die wichtigsten Thesen zusammengestellt. Hierher gehören seine Bemerkungen über den „Papiertiger“ (Atombombe in der Hand der Reaktionäre), seine Rede vor dem Obersten Sowjet am 6. Nov. 1957 und seine wiederum sehr bemerkenswerte Rede vor dem Politbüro in Wuhan (1. 12. 1958). „Auf lange Sicht und nach strategischen Ge-

setzen (sind) alle Imperialisten und Reaktionäre, wie sie wirklich sind, als Papiertiger anzusehen. Von diesem Punkt aus müssen wir unser strategisches Denken aufbauen. Auf der anderen Seite sind sie aber auch lebendige, eiserne und echte Tiger, und wir müssen unser operatives und taktisches Denken von jenem Punkt her aufbauen“ (S. 324/5).

Vielen Lesern dürften die im Dietz-Verlag, Ostberlin, seit etwa 1952 erschienenen Schriften Mao Tse-tungs (in „Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus“) bekannt sein. Um so mehr dürften sie erfreut sein, hier eine zweite, genauere, mit Erläuterungen und Anmerkungen versehene Übersetzung in die Hand zu bekommen. Es ist nicht nur besonders reizvoll, die beiden Übersetzungen miteinander zu vergleichen; es treten auch Unterschiede hervor, die (nach der vorliegenden Übersetzung) zu einem besseren Verständnis des chinesischen Kommunismus führen. Wer schließlich von Mao Tse-tung selbst noch nichts gelesen hat, findet in diesem Sammelband die beste Überschau und gediegenste Einführung in sein ideologisches Werk.

Herbert Schack, Berlin

Ruth Prange: Die bremische Kaufmannschaft des 16. und 17. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Betrachtung. (Veröffentlichung aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, herausgegeben von Karl H. Schwebel, Band 31.) Bremen 1963. Carl Schünemann Verlag. 274 S.

Die Verf., die mit ihrer von der Universität zu Göttingen angenommenen Dissertation die oben genannte Reihe ganz wesentlich bereichert, beschäftigt sich mit der Oberschicht der Bremer Bürgerschaft, über die ein verhältnismäßig umfangreiches Quellenmaterial zu Verfügung steht. Sie geht davon aus, den „Kaufmann in seinem Berufe“ zu untersuchen und ihn in der Ordnung der Stände, der „Graden“, die „eine Mischung von Geburts-, Vermögens- und Berufsständen“ (S. 118) war, begrifflich zu erfassen. Es zeigt sich, daß der Kaufmann nur nach seinem Vermögen eingestuft wurde; ein Patriziat hat sich während des 16./17. Jahrhunderts nicht entwickelt, und „die Lebenshaltung war allein eine Angelegenheit des Vermögens und damit eine solche des Standes, nicht aber des Berufes oder der Bildung“ (S. 160). Sodann wird der Kaufmann als Mitglied von Genossenschaften gesehen, die entweder zunftähnlich aufgebaut waren, lose Vereinigungen bildeten oder — wie das Collegium Seniorum, die Elterleute — eine „allgemeine Standesorganisation“ gewesen sind. Ebenso wichtig ist das, was über das Geschäftsgebahren des Kaufmannes, über die Entwicklung der Buchführung (u. a. in der Anm. 417) und die gesamte Organisation des Handels gesagt wird.

Das umfangreiche zweite Kapitel untersucht die „Kaufmannschaft im sozialen und gesellschaftlichen Organismus der Bürgerschaft“ und beschäftigt sich u. a. mit der Zuwanderung und Eingliederung von Kaufleuten in die Bürgerschaft, mit der Ausbildung in der Schule,

während der Lehre und auf Reisen, mit dem Verhältnis der Kaufleute zu den Akademikern, mit der „Lebenskraft der Familien“, d. h. mit dem „Beharrungsvermögen auf einer bestimmten, einmal erreichten Stufe der ständischen Ordnung“ (S. 81). Es fällt auf, daß in Bremen die schroffe Prädestinationslehre des Calvinismus sich nicht durchgesetzt hatte und daß somit eine arbeits- und wirtschaftsethische Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitalismus — im Sinne Max Webers — fehlte. Auch die Abwanderung von Bremen und der Übergang von Kaufleuten vor allem in die Berufe der Juristen und Mediziner werden behandelt. Das letzte Kapitel erweist die Kaufmannschaft „als staatstragende Schicht“: An vielen Beispielen wird die große Bedeutung der Kaufmannschaft in allen öffentlichen Angelegenheiten deutlich, und die Elterleute setzten allmählich sogar ein Mitspracherecht der Bürgerschaft gegen den Senat durch, so daß also vom Schütting aus, dem Versammlungshaus der Kaufleute, die absolute Gewalt der Herren des Rathauses eingeschränkt worden ist.

Die aufschlußreiche, gediegene Arbeit schließt mit einer etwa 70 Seiten umfassenden Liste, die von 323 in Bremen eingewanderten Kaufleuten u. a. den Ort bzw. das Land der Herkunft und das Datum des Erwerbes der Bürgerschaft festhält. Eberhard Schmieder, Berlin

Hannelore Horn: Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals. (Staat und Politik, Bd. 6.) Köln und Opladen 1964. Westdeutscher Verlag. 145 S.

Die Verfasserin schildert in dieser fleißigen und erfreulichen Arbeit die politischen Kämpfe um den Bau des Mittellandkanals. Als Rahmen dient ihr die gesamte Politik des Reiches und Preußens. Dadurch zeigt sie den Zusammenhang politischer Vorgänge, der besonders im Bundesstaat zu sehr eigenartigen Konstellationen führen kann, wie das hier der Fall ist. Auf diese Weise ist das Buch nicht nur rein historische Darstellung, sondern ein Paradigma mit erheblichem Lehrgehalt für das Zusammen- und Gegeneinanderwirken politischer Kräfte sowie für das Zustandekommen politischer Entscheidungen. Alle, die sich dem Studium der politischen Wissenschaften hingeben und die einmal verfolgen wollen, wie in der realen Wirklichkeit der Kampf der politischen Kräfte aussieht, wie sich dann diese Kräfte den politischen Situationen anpassen, werden aus der Lektüre dieser Arbeit erheblichen Gewinn davontragen.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Morton Paglin: Malthus and Lauderdale. The Anti-Ricardian Tradition. New York 1961. Augustus M. Kelley. 184 S.

Die vorliegende Arbeit ist eine der selten gewordenen dogmenhistorischen Spezialuntersuchungen von Rang. Nehmen wir ihre beiden Hauptergebnisse vorweg: 1. Paglin weist nach, daß es sich bei dem jahrelangen Meinungsaustausch zwischen *Malthus* und *Ricardo* nicht einfach um verschiedene Interpretationen wirtschaftlicher Phänomene,

sondern um den ersten intensiv und direkt geführten Methodendialog in der Nationalökonomie handelte. 2. Der Verfasser leistet einen wichtigen Beitrag zu der längst fälligen Rehabilitierung des *Malthus* der „Principles“, dessen weit über seine Epoche hinausweisenden empirisch-historisch fundierten Einsichten zu unrecht von der logischen Geschlossenheit des ricardianischen Systems überschattet wurden. Dabei verfällt er nie in den Fehler, seinen Gegenstand mit zu unkritischen Augen zu betrachten.

Mit großem Geschick werden die erstaunlichen Parallelen zwischen den Thesen der Anti-Ricardo-Gruppe und der fast drei Generationen später entwickelten neoklassischen Theorie herausgearbeitet. Man lernt, daß *Lauderdale* in seinem 1804 erschienenen Hauptwerk die Vorstellung von einem objektiven, „natürlichen“ Wert zurückweist und statt dessen Ansätze zu einer psychologischen Werttheorie erkennen läßt, und daß bereits *Malthus*, angeregt durch die Vernachlässigung der Nachfrageseite in *Ricardos* Werttheorie, das Phänomen beschreibt, das in neoklassischer Terminologie Preiselastizität der Nachfrage genannt wird.

Verweilen wir noch ein wenig bei diesem für die Argumentation des Buches so zentralen Punkt. Niemand von seinen Vorgängern — und von seinen Zeitgenossen vielleicht nur *Sismondi* — war sich der Bedeutung des Nachfragevolumens für das Gedeihen der Volkswirtschaft so sehr bewußt wie *Malthus*. Das von *Ricardo* akzeptierte *Saysche* Theorem war für ihn nichts als eine weltfremde Tautologie, der er das durch die spätere Konjunkturtheorie glänzend gerechtfertigte Konzept der Kaufwilligkeit entgegensetzt: „Effectual demand consists of two elements, the power and the will to purchase. The power to purchase may perhaps be represented correctly by the produce of the country . . .; but the will to purchase will always be the greatest, the smaller is the produce compared with the population, and the more scantily the wants of society are supplied. . . . A nation must certainly have the power of purchasing all that it produces, but I can easily conceive it not have the will¹.“

Das Zitat zeigt, daß *Malthus* nicht nur mit der Möglichkeit der „Unterkonsumtion“ rechnet, sondern auch die Bedingungen dieses Phänomens zu präzisieren versucht, indem er auf die besondere Anfälligkeit einer reichen Volkswirtschaft hinweist. Hierdurch weist sich *Malthus*, wie *Heimann* bemerkt, als erster Krisentheoretiker aus².

Die methodologische Gegenposition zu *Ricardo* wird von *Paglin* besonders eindringlich durch *Malthus'* Einsichten in den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung illustriert. Im Rahmen seiner kurzfristigen Gleichgewichtsanalyse kann *Ricardo* keinen Zusammenhang zwischen technologischen Verbesserungen in der Landwirtschaft und lang-

¹ *Malthus'* Brief an *Ricardo* vom 11. September 1814; zit. nach *Paglin*. a.a.O. S. 120.

² *Eduard Heimann: History of Economic Thought*. 2. Aufl. New York 1964. Oxford University Press. S. 92.

fristigem wirtschaftlichen Wachstum wahrnehmen. Vielmehr postuliert er in diesem Falle — „all other things being equal“ — ein Fallen der Grundrente. Nachdem *Malthus* zunächst einmal durch Hinweis auf die Entwicklung der Grundrente in England diese Behauptung widerlegt hat, prüft er *Ricardos* Prämissen und kommt zu dem Ergebnis, daß Faktoren wie Bevölkerungszahl und Nachfragevolumen keineswegs als „Konstanten“ betrachtet werden dürfen, sondern von langfristigen Verbesserungen der Ackerbautechnologie stärkstens verändert werden. Dabei weist er die Methode der „ceteris paribus“-Datenvariation als analytisch unfruchtbar und unrealistisch zurück.

Diese von Paglin fein herausgearbeiteten Akzente sollten genügen, um der antiricardianischen Richtung, insbesondere dem *Malthus* der *Principles*, Anrecht auf einen Ehrenplatz auf der Hauptstraße der Entwicklung des ökonomischen Denkens zu verschaffen. Abschließend muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß *Malthus'* und *Lauderdale's* von *Burke* geprägter konservativer Wirklichkeitssinn die beiden Autoren zwar zur konstruktiven Kritik am ricardianischen System befähigte, ihnen aber die Vision der Industriegesellschaft verbaute. Es war nicht zuletzt die traditionelle Landbesitzerideologie ihrer Vertreter, die einen bleibenden Einfluß der antiutilitaristischen Opposition auf das Wirtschaftsdenken des 19. Jahrhunderts verhinderte.

Burkhard Strümpel, Köln

Wilhelm Röpke: Wirrnis und Wahrheit. Erlenbach-Zürich u. Stuttgart 1962. Eugen Rentsch. 331 S.

Diese Aufsatzsammlung entzieht sich einer üblichen Besprechung schon wegen der Vielzahl der Titel, die in diesem Buche vereinigt sind und die jeder für sich einer eingehenden Würdigung bedürften. Es sind Aufsätze aus zwei Epochen, die erstaunlich viele Probleme gemeinsam haben, der Weimarer Republik und der daran sich anschließenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie der Phase des Wiederaufbaus in der Bundesrepublik und der gleichzeitig beginnenden Diskussion mit dem Kommunismus östlicher Prägung. So findet sich nahezu für jedes dort angeschlagene Thema hier eine Fortsetzung: Waren es dort die lohnpolitischen Fragen, so sind es in der Nachkriegszeit Vollbeschäftigungsprobleme. Aus Transferfragen wird die Diskussion um die amerikanische Zahlungsbilanzkrise, wie auch schließlich die ideologisch-politische Auseinandersetzung mit den Gegnern des Liberalismus in der Weimarer Republik in den Kampf mit den Gegnern der abendländischen Kulturordnung in der Nachkriegszeit einmündet.

Eine Auseinandersetzung mit den Einzelheiten ist kaum möglich; nahezu in jedem Aufsatz wird ein theoretischer oder politischer Bereich im ganzen angepackt und vielfach höchst originell diskutiert. Die überaus ausdrucksstarke Sprache vermag den Leser zusätzlich zu fesseln.

Ausdrücklich hervorgehoben sei aber das in der heutigen wissenschaftlichen Literatur immer seltener werdende ideologische Engagement, das bereits in Titel und Vorwort deutlich zum Ausdruck kommt. Im Vorwort nimmt Wilhelm Röpke diesen seinen Standpunkt ausdrücklich auch für Max Weber in Anspruch, dem er sicherlich zu Recht bei aller Betonung der Wertfreiheit in der wissenschaftlichen Aussage eine sehr starke emotionale Beteiligung an den großen politischen Fragen nachsagt; ob allerdings Joseph Schumpeter als blasser und nur das Objektive betrachtender intellektueller Gegenpart taugt, erscheint mir zweifelhaft, zumindest wird diese krasse Gegenüberstellung der Gestalt Schumpeters nicht gerecht. — Spricht daher ein in besonderer Weise engagierter Wissenschaftler, so verwundert es nicht, daß seine Sprache in weiten Partien die eines Predigers ist, vielleicht sogar die eines Propheten, denkt man an die vor 1933 entstandenen Aufsätze, in denen vielfach die dann eingetretene unheilvolle Entwicklung klar prognostiziert ist. Besonders bedeutsam und gerade heute einer Lektüre zu empfehlen, sind die Ausführungen unter dem Titel „Epochenwende“, die den wahren Inhalt dessen, was liberal genannt wird, gegen die böswilligen Verleumdungen nationalsozialistischer Denker verteidigen. Dieser Aufsatz ist heute so aktuell wie eh und je, heute, wo Feinde liberaler Gedanken in anderem Gewande vielfältig auftreten.

Karl Heinrich Hansmeyer, Mainz

Karl C. Thalheim: Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung. Gesammelte Aufsätze und Vorträge. Aus Anlaß seines 65. Geburtstages herausgegeben von der Abteilung für Osteuropäische Wirtschaft des Osteuropa-Instituts und dem Institut für Weltwirtschaft der Freien Universität Berlin. Berlin 1965. Verlag Duncker & Humblot. X und 440 S.

Am 26. Mai 1965 ist Karl Christian Thalheim 65 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß haben ihn die Abteilung für Osteuropäische Wirtschaft des Osteuropa-Instituts und das Institut für Weltwirtschaft der Freien Universität Berlin mit der Edition einer Auswahl von Aufsätzen und Vorträgen geehrt, die einen repräsentativen Querschnitt durch das Schaffen des Jubilars vermittelt. Daß die meisten seiner zahlreichen Veröffentlichungen dem Bereich der Wirtschaftspolitik zuzurechnen sind und weit mehr auf die Analyse und Deutung der wirtschaftlichen Wirklichkeit — vorzugsweise an Hand ordnungspolitischer Tatbestände — als auf modelltheoretische Deduktionen abzielen, tritt auch in diesem Sammelband zutage, der in die Sachgebiete Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik, Strukturlehre und Raumordnung, Sozialpolitik, Weltwirtschaft und Entwicklungsländer, Grundsatzenfragen der Wirtschaftssysteme, Probleme der Sowjetwirtschaft sowie Wirtschaftsfragen Südosteuropas, Mitteldeutschlands und Berlins gegliedert ist und Publikationen aus den Jahren 1931 bis 1963 umfaßt. Immer wieder sind welt- und regionalwirt-

schaftliche Strukturbilder und Entwicklungsprozesse, Systemvergleiche und die gesellschaftlichen und ideologischen Kraftfelder der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik seine Leitthemen gewesen, und dem gebürtigen Balten und nachmaligen Leipziger und Berliner Professor blieben die politischen und sozialwirtschaftlichen Wandlungen in Osteuropa und Mittelddeutschland in ihrer ganzen historischen Reichweite zwischen Fügung und Verantwortung stets auch Herzenssache. Dies gilt nicht zuletzt für sein Wirken im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, dessen Arbeit von Thalheim die wertvollsten Impulse erhielt.

Die sorgfältig redigierte Sammlung setzt die vielfältigen politisch-ökonomischen und zeitgeschichtlichen Leistungen Thalheims ins rechte Licht und läßt deutlich werden, daß „gerade bei stark wirklichkeitsbezogenen Forschungen . . . die Entwicklung nur einen Teil der wissenschaftlichen Aussagen bestätigt“ (wie es S. VII im Vorwort der Herausgeber heißt); eben darum bringt das Bekenntnis der Gratulanten, daß sie in drei älteren Aufsätzen „Zugeständnisse an den Zeitgeist gestrichen“ haben, eher den Leser als den Verfasser und Jubilar in Verlegenheit. Cui bono?

Antonio Montaner, Mainz

Edwin von Böventer: Theorie des räumlichen Gleichgewichts. Tübingen 1962. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 200 S.

Raumwirtschaftstheorie wird heute in drei Richtungen betrieben, unterschieden nicht nur nach Tradition und Methoden, sondern auch nach der Brauchbarkeit für die praktische Politik. Die längste Tradition und wohl auch den größten Erfolg hat die partial-analytisch ausgerichtete landwirtschaftliche und industrielle Standortlehre, aus der sich praktische Konzepte für die einzelwirtschaftliche Standortwahl ableiten lassen. Auch die geographisch orientierte Theorie der Landschaftsstrukturen und die Lehre von den zentralen Orten hat bereits ihre Geschichte. Sie dient auch heute noch raumplanerischen Bestrebungen, trotz oder vielleicht sogar wegen vieler in ihr verborgener Werturteile. Jüngeren Datums sind hingegen Versuche, gesamtwirtschaftliche Raumtheorien mit Hilfe totalanalytischer Modelle zu entwerfen; die wirtschaftspolitische Nutzenanwendung steht hier freilich zunächst nicht im Vordergrund. Von Böventers Theorie des räumlichen Gleichgewichts gehört zur dritten Gruppe. Seine Theorie ist nach eigener Aussage „eine erweiterte Art von neoklassischer Gleichgewichtsanalyse innerhalb von Totalmodellen der Wirtschaft mit räumlicher Ausdehnung“ (S. 4).

Ein derartiges, um den räumlichen Aspekt erweitertes Walras-Modell erreicht von Böventer im stufenweisen Aufbau, der im 6. Kapitel vollendet ist. Das Modell berücksichtigt den Einfluß von Transportkosten und die Existenz von Zwischenprodukten und Kapitalbewegungen; es enthält die Bedingungsgleichungen für das Gleich-

gewicht der Produktion und der Güter- und Geldtransaktionen in allen Einzelorten. An dieser Stelle, wo die Geschlossenheit des Modells erreicht scheint, beginnt freilich auch ein gewisser Auflösungsprozeß, der durch die Einführung der unvollkommenen Konkurrenz bewirkt wird. Es sind die Stabilitätsprobleme, auf die *Koopmans* und *Beckmann* (Assignment Problems and the Location of Economic Activities, *Econometrica*, Bd. 25, 1957) zuerst gestoßen sind. Gewiß ließe sich durch die Wahl eines kontinuierlichen Modells (Standortverlagerungen mit infinitesimal kleinen Schritten sind möglich) dieses Problem ausklammern. Bedient man sich jedoch, wie der Verfasser es nach seinem Grundansatz tun muß, „diskreter“ Modelle (die Zahl der Standorte ist endlich) auf der Grundlage *Lefebvers* (Allocation in Space, Amsterdam 1958), so lassen sich die Stabilitätsprobleme schwieriger umgehen; selbst bei sehr verfeinerten Annahmen stellt sich kein stabiles Gleichgewicht ein (S. 120, S. 179). Nun kann man zwar, wie von Böventer es tut, die Unvollkommenheit der Konkurrenz lediglich einem einzigen Faktor, der „Unenteilbarkeit der Unternehmertätigkeit“, zuschreiben, freilich um den Preis eines sehr eingeschränkten Gebrauchs des Begriffs. Die Stabilitätsprobleme ließen sich ferner durch die Einführung von Verlegungskosten der Betriebe kurzfristig lösen, langfristig ergeben sich freilich nur kompliziertere Stabilitätsprobleme, die nicht primär raumtheoretischer Art sind, sondern der allgemeinen Gleichgewichtstheorie entstammen.

In den folgenden zwei Kapiteln 7 und 8 erfährt das räumliche Gleichgewichtssystem schließlich noch einige Erweiterungen, z. B. durch die Berücksichtigung langfristiger Kapitalgüter, Änderungen der Produktionsfunktion sowie durch die Berücksichtigung von Nachfragevariationen. Darüber hinaus werden Unteilbarkeiten personeller und organisatorischer Art eingeführt, die interne und externe Ersparnisse zur Folge haben; schließlich wird auch die Aktivität des Staates erwähnt.

Mit zunehmender Erweiterung verliert das System freilich an Geschlossenheit. Statt einer eindeutigen Gleichgewichtslösung mit einem gesamtwirtschaftlichen Optimum existieren mehrere Lösungen, aus denen das Optimum auszuwählen ist. Damit verschiebt sich schließlich doch das Schwergewicht der lösbaren Fälle von den totalanalytischen Aspekten auf die individuelle Fragestellung, „ob sich eine einzelne betrachtete Wirtschaftseinheit unter den gegebenen Verhältnissen rational verhält . . .“ (S. 164). Transzendente Kritik wurde bisher nicht geübt; sicherlich mag es ihr möglich sein, die rigorosen Annahmen, auf denen von Böventers Theorie ruht, infrage zu stellen. Gleichwohl würde ein solches Vorgehen dem vorliegenden Werk nicht gerecht, das die Anpassung der Regionaltheorie an die moderne Gleichgewichtstheorie vollzogen hat. Alle Einwände richten sich daher letztlich gegen den Erkenntnisgehalt dieser Gleichgewichtstheorie.

Karl Heinrich Hansmeyer, Mainz

Fritz Neumark (Hrsg.): *Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, NF Bd. 30, 1 u. II.) Berlin 1964. Duncker & Humblot. 1. Halbbd. VIII, 526 S., 2 Halbbd. VI, 592 S.

Auf insgesamt 1118 Seiten werden hier die sehr ausführlichen Verhandlungen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf der Tagung in Luzern vom 17. bis 20. September 1962 wiedergegeben. Daß die Darstellung der Verhandlungen einen derart großen Umfang erreicht hat, wird ohne weiteres verständlich, wenn man die Vielfalt der behandelten Themen betrachtet; in der Zusammenfassung nach „Oberbegriffen“ geordnet handelt es sich dabei um folgende Themen: 1. Einführungsreferate, 2. Bevölkerung, Arbeitspotential und Konsum, 3. Landwirtschaft, 4. Energie und Verkehr, 5. Außenwirtschaft, 6. Erwerbstätigkeit und Arbeitsentgelte, 7. Warendistribution, 8. Geld, Kredit und Kapital, 9. Preise und Produktivität, 10. Industrie, 11. Öffentlicher Bereich, 12. Realkapital, Investitionen, 13. Ökonometrische Behandlung von Strukturproblemen, 14. Strukturwandlungen als Problem der Wirtschaftspolitik.

In den Einführungsreferaten behandelt Gottfried *Bombach* (Basel) den „Strukturbegriff in der Ökonomie“ und Jürg *Niehans* (Zürich) die „Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme“. Dabei stellt *Bombach* fest, daß „der Strukturbegriff des Statistikers unsere Tagung beherrschen wird“ (S. 11) und daß deshalb der „Strukturbegriff des Ökonometrikers“ vernachlässigt wird. Er definiert die Strukturforschung folgendermaßen: „Die Strukturforschung richtet ihr Augenmerk auf die Beziehungen, die *zwischen den Variablen* bestehen, auf *Größenverhältnisse* also, auf den inneren Aufbau, nicht auf die Größe an sich. Von der Niveaulage wird abstrahiert; Struktur steht im Gegensatz zu Niveau. . . Die Unabhängigkeit von der Niveaulage ist es vor allem auch, die die große Beliebtheit erklärt, deren sich die Berechnung von Strukturquoten heute erfreut. Weit auseinanderliegende Jahre lassen sich ebenso leicht vergleichen wie große und kleine Länder und Länder mit den verschiedensten Währungen“ (S. 13). Anschließend versteht *Niehans* „unter Struktur . . . einfach das Verhältnis der Teile eines Ganzen. . . Strukturwandlungen werden damit zu Verschiebungen in der Proportion der Komponenten, zu Abweichungen von der gleichmäßigen, homogenen Entwicklung aller Teile“ (S. 19). Sein „theoretisches Leitbild ist eine Wirtschaft, deren Gestalt in einem gegebenen Augenblick bestimmt ist durch die menschlichen Bedürfnisse, die verfügbaren Produktionsfaktoren, das technische Wissen, das uns sagt, wie die vorhandenen Faktoren so umgeformt werden können, daß sie unseren Bedürfnissen dienen. Das Wachstum der Wirtschaft ist dann bestimmt teils durch die jeweilige Konstellation dieser Daten, teils durch ihre Veränderung im Laufe der Zeit“ (S. 20). Dabei betont er noch, daß „im Wachstumsprozeß an sich nichts liegt, was Strukturwandlungen logisch unvermeidlich machen würde“ (S. 21), hebt aber im ganzen die „Unvermeidlichkeit und Vorteilhaftigkeit von Strukturwandlungen im Wachstumsprozeß“

(S. 20 ff.) hervor und behandelt anschließend „das Wachstum als Ursache von Strukturwandlungen“ (S. 24 ff.). Der letzte Abschnitt seiner Darstellung befaßt sich mit „Jugend und Alter einer Volkswirtschaft als Strukturprobleme“ (S. 41 ff.). Die *allgemeine* Behandlung des Begriffs der Strukturwandlungen wird am Schluß der Tagung wieder aufgegriffen von Helmut *Meinhold* (Heidelberg) mit seinen Ausführungen über „Strukturwandlungen als Problem der Wirtschaftspolitik“ (S. 1066 ff.). Im Anschluß an diese Ausführungen gelangt Wilhelm *Krelle* (Bonn) in der Diskussion zu der Feststellung: „Das Problem der Strukturpolitik ist meines Erachtens das Problem der Weiterentwicklung der Konjunkturpolitik zu einer Wachstumspolitik; sie wirft ganz neue Probleme auf“ (S. 1093). Andreas *Predöhl* (Münster) betont abschließend: „Wir müssen die quantitativen Strukturwandlungen, über die hier gesprochen worden ist, grundsätzlich mit den qualitativen verbinden, einer allgemeinen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung einordnen“ (S. 1107).

Im Sinne dieser allgemeinen Ausführungen bemühen sich die einzelnen Beiträge darum, die Strukturwandlungen in ihren jeweiligen Bereichen aufzuzeigen. So weist auch Karl Martin *Bolte* (Hamburg) darauf hin: „Im Grunde geht es hier darum zu zeigen, wie bestimmte Strukturwandlungen im Bereich der demographischen Werte sich über das sogenannte Arbeitspotential auf die Wirtschaft auswirken werden“ (S. 47); er gelangt zu dem Ergebnis: „Zusammenfassend sieht es z. Z. so aus, als ob in der natürlichen Bevölkerungsbewegung der nächsten Zukunft die Tendenz zu einer langsamen Vergrößerung der Bevölkerung und des Arbeitspotentials bei einer gewissen Erhöhung der sogenannten Alterslast als wahrscheinlichster Trend enthalten ist“ (S. 58 f.). Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang noch besonders auf den Beitrag von Helga *Schmucker* (München): „Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten Haushalte in ihrer Interdependenz mit den übrigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft“ (S. 106 ff.) und darin vor allem auf den Abschnitt „Der Einfluß des Verbrauchers und seiner Wahlentscheide auf die Wachstumsrate des Sozialprodukts“ (S. 148 ff.). Im Rahmen der Landwirtschaft sei hingewiesen auf die Ausführungen von Hans *Wilbrandt* (Berlin) über „die in der Gegenwart Umwälzungen der Agrarstruktur erzwingenden exogenen Kräfte“ (S. 195 ff.), besonders auf den Teilabschnitt „Produktionssteigerung mit weniger Arbeitskräften“ (S. 201 f.) und die Ausführungen auf S. 215 über den notwendigen Rückgang der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. In seinem Beitrag „Strukturwandlungen in der Energiewirtschaft“ erklärt Hellmuth *Seidenfus* (Gießen): „Es ist wenig sinnvoll, Strukturwandlungen in der Energiewirtschaft nur im nationalen Raum zu untersuchen, da die Ursachen, die diese strukturellen Veränderungen hervorgerufen haben und vermutlich auch weiterhin vorantreiben werden, zu einem großen Teil auf den internationalen Märkten vorzufinden sind“ (S. 266); er geht dann (S. 271 ff.) genauer auf die „Ursachen der Strukturwandlungen in der Energiewirtschaft“ ein. Bezüglich des Verkehrs schildert Ha-

rald *Jürgensen* (Hamburg) eingehend die „Strukturprobleme als Aufgaben der Verkehrspolitik“ (S. 301 ff.). Im Zusammenhang der Erwerbstätigkeit und Arbeitsentgelte stellt *Elisabeth Liefmann-Keil* (Saarbrücken) ihr Thema „Erwerbstätigkeit, Ausbildung und wirtschaftliches Wachstum“ vor allem unter die Frage: „Welcher Art sind die Wechselbeziehungen zwischen dem wirtschaftlichen Wachstum und den Änderungen in der Qualität der Arbeit“ (S. 379) und zeigt an Hand bestimmter Beispiele, „daß eine erfolgreiche Verbesserung der Ausbildung nur im Verlauf von Generationen und nur Schritt für Schritt möglich ist, wenn nicht beträchtliche Qualitätsminderungen in Kauf genommen werden. Das ist die gegenwärtige Problematik für einige hochindustrialisierte europäische Länder“ (S. 394). Im Abschnitt „Geld, Kredit und Kapital“ behandelt *Helmut Lipfert* (Hamburg) ausführlich die „Wandlungen von Kapitalstruktur und Finanzierungsformen deutscher Industrie-Aktiengesellschaften“ (S. 576 ff.) unter Hinzufügung einiger „Anhänge“ und ausgiebiger Tabellen und Schaubilder. Im Abschnitt „Preise und Produktivität“ behandelt *Gerhard Zeitel* (Mannheim) die „Bestimmungsfaktoren der Preis- und Produktivitätsstruktur“ (S. 666 ff.) und stellt u. a. fest: „Die verfügbaren empirischen Daten lassen den Schluß zu, daß die Produktivitätsfortschritte in den Wirtschaftszweigen am größten waren, die infolge mengenmäßiger Absatzausweitungen, die aus Bedarfsverschiebungen resultieren, neue Produktionsverfahren einsetzen konnten“ (S. 676). In der Diskussion wurde besonders die von *Zeitel* betonte Bedeutung der Bedarfsstruktur und der Einkommensverwendung hervorgehoben. Im Abschnitt „Industrie“ erläutert *Francesco Kneschaurek* (St. Gallen) „Wachstumsbedingte Wandlungen der Beschäftigungsstruktur im industriellen Produktionssektor“ (S. 720 ff.) und stellt dabei bezüglich der „Ballungszentren“ fest: „Nun steht es außer Zweifel, daß eine solche räumliche Konzentration nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch einen immer höheren Preis fordert“ (S. 737). Im Abschnitt „Öffentlicher Bereich“ gibt *Konrad Littmann* (Berlin) einen Überblick über „Strukturen und Entwicklungen der staatlichen Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1970“ (S. 779 ff.), wobei er im Anschluß an die „effektiven Werte“ von 1950, 1955 und 1959 für die Jahre 1965 und 1970 zahlenmäßige Prognosen stellt. Anschließend behandelt *Willi Albers* (Kiel) „das Popitzsche Gesetz der Anziehungskraft des übergeordneten Haushalts“ (S. 835 ff.), wobei er u. a. „die Ausgaben- und Einnahmenverteilung auf die Regierungsebenen in den letzten fünfzig Jahren“ (S. 841 ff.) zugrunde legt und „Gedanken zur künftigen Entwicklung“ (S. 854 ff.) anschließt. Einen recht aktuellen Beitrag liefert *Asta Hampe* (Marburg) in dem Abschnitt Realkapital, Investitionen mit ihren Ausführungen über „Strukturwandlungen in der Wohnungswirtschaft“ (S. 948 ff.).

Wenn hier — vor allem aus Raumgründen — nur ein Teil der einzelnen Beiträge des Gesamtwerkes behandelt oder wenigstens erwähnt worden ist, so soll doch abschließend die Bedeutung der hier nicht erwähnten Beiträge für die Aufklärung der zahlreichen Pro-

bleme ausdrücklich hervorgehoben werden, wie das auch aus den einzelnen Diskussionen und dem Schlußwort des Vorsitzenden hervorgeht.

Peter Quante, Kiel

Gerard Gäfgen: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung. Untersuchungen zur Logik und ökonomischen Bedeutung des rationalen Handelns. Tübingen 1963. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 340 S.

„Entscheidungstheorie“ ist seit einigen Jahren zu einem Modewort geworden. Wer etwa in einer wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion mit dem bekannten Brustton der Überzeugung erklärt, das Problem XY könne nur entscheidungstheoretisch gelöst werden, kann sicher sein, keinen Widerspruch, sondern nur beifälliges Kopfnicken zu ernten. Was Entscheidungstheorie wirklich ist, weiß vermutlich keiner der Diskussionsteilnehmer so ganz genau; aber es muß sicher etwas Gutes, weil ja Neues sein . . .

Bei diesem Nebel, der die wissenschaftliche Hochstapelei begünstigt, kann das Erscheinen der Habilitationsschrift von Gerard Gäfgen „Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung“ nur begrüßt werden. Hier wird nämlich nicht nur der Versuch unternommen, die verschiedenen Entscheidungsmodelle oder Entscheidungskalküle, die sich in der Literatur bereits finden, zu einer allgemeinen Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung zusammenzufassen, sondern gleichzeitig wird versucht, das Wesen und den Standort der Entscheidungstheorie exakt zu bestimmen.

Diese Grundlegung erfolgt nach einer Einführung im ersten Teil („Methodische Grundlagen“), in dem Gäfgen die rationale Entscheidung als Gegenstand der Nationalökonomie und die Entscheidungstheorie als beschreibende Theorie des Wirtschaftsablaufs behandelt, um dann zu der Bedeutung der Entscheidungstheorie für die Wirtschaftsberatung überzugehen. Neben dem abgewogenen Urteil des Verfassers fällt in diesem methodologischen Teil besonders das Bestreben auf, verständlich zu bleiben, das man nicht gerade bei allen neueren methodologischen Arbeiten antrifft.

Der zweite Teil „Grundzüge einer Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung“ stellt das Kernstück der ganzen Monographie dar. In sieben Kapiteln werden die für die Entscheidungstheorie wesentlichen Begriffe und Probleme ausgearbeitet, wie z. B. die Handlungsalternativen, die Information über Handlungsfolgen, die Bewertung von Handlungsfolgen usw. Auf gedrängtem Raum (rd. 140 Seiten) bietet dieser Teil gründliche und genaue Information. Im letzten Abschnitt behandelt Gäfgen als Beispiel die Entscheidungen unter Gewißheit. Man legt das Buch insofern ein bißchen enttäuscht aus der Hand, als man hinterher gerne noch etwas über die Entscheidungen bei Ungewißheit erfahren hätte.

Wenn man auch in Detailfragen — z. B. in der Frage, ob die unternehmerische Zielsetzung Gewinnmaximierung als eindeutige und realistische Zielsetzung angesehen werden kann — anderer Meinung als der Autor sein mag, wenn man auch wieder einmal Personen- und Sachregister vermißt, so hinterläßt die Lektüre insgesamt doch einen äußerst positiven Eindruck. Die Untersuchung von Gängen ist ein ebenso gründliches wie gescheites Buch. Alfred E. Ott, Tübingen

Leon H. Dupriez: Konjunkturphilosophie. Übers. von Klaus Dieter Schneider. Berlin 1963. Duncker & Humblot. 425 S.

Wer dieses Buch aus philosophischem Interesse zur Hand nimmt, dürfte enttäuscht sein. Denn Dupriez bringt nicht eine Philosophie der Konjunktur etwa in dem Sinne, wie Georg Simmel eine Philosophie des Geldes geschrieben hat. Diese „Konjunkturphilosophie“ („Philosophie des Conjonctures Economiques“, Louvain und Paris, 1959) ist auch keine Morphologie der Konjunktur, wobei die Grundformen der Konjunkturbewegung nach Maßgabe wesentlicher Merkmale aufgewiesen würden. Man könnte auch an eine Phänomenologie der Konjunkturen, an eine Darstellung ihrer Erscheinungsformen, denken. Allein auch das ist diese „Konjunkturphilosophie“ nicht. Wir haben in diesem gedankenreichen und methodisch konsequent durchgeführten Werk eine Allgemeine Konjunkturlehre auf der Grundlage eines philosophischen Realismus vor uns. Infolge dieser philosophischen Orientierung unterscheidet sich die Konjunkturlehre von Dupriez allerdings wesentlich von der heute dominierenden abstrakten Theorie und ihren gedanklichen Konstruktionen. Der Autor will die volkswirtschaftlichen Grundgedanken der Klassiker, besonders die realistischen Gedanken von *Smith* und *Malthus*, fortführen. Der Natur bzw. dem Phänomen der Volkswirtschaft kann kein „Netz mathematischer Beziehungen“ gerecht werden, sondern nur eine Theorie, „die auf den zweckbestimmt handelnden Kräften basiert“, also eine teleologische, von der ökonomischen Praxis ausgehende „Theorie der Wahlhandlungen“ (S. 15). So gesehen, stellt sich die Konjunktur dar als „die durch das Spiel der Wahlhandlungen in ein System gebrachte Form wirtschaftlicher Anpassungen“. „Da die Konjunktur eine Art der Verwirklichung jeglicher wirtschaftlicher Ordnung darstellt, stellt sie sich in Gegensatz zu dem Begriff des wirtschaftlichen Zyklus. Dieser letztere schließt die Erforschung eines spezifischen ‚zyklischen‘ Vorganges ein, der einen gewissen Selbständigkeitsgrad hinsichtlich der allgemeinen Normen des wirtschaftlichen Zusammenhangs hat“ (S. 410). Dupriez faßt den Begriff der Konjunktur danach sehr weit: „Die Konjunktur ist, so verstanden, ein permanentes Phänomen der Wirtschaft: Sie ist die systematisierte Form des Wirtschaftslebens“ (S. 18). „Die konjunkturfremde Wirtschaft ist ebenso ein Wunschtraum wie ein reibungslos weltweites, politisches Zusammenleben; sie bleibt somit Utopie“ (ebda.).

Die Volkswirtschaftslehre, eine im Grunde teleologische und in der Form marginalistische wissenschaftliche Disziplin, findet ihr Erfahrungsobjekt in einer „Gesamtheit von Wahlhandlungen, von Handlungen der vorantreibenden Willenskraft, von Einwirkungen des Menschen auf die Wirklichkeit, die ihn umgibt: der Nächste und die materielle Welt. Die wirtschaftliche Welt ist eine Welt der Willensäußerungen, und der Wille strebt der Zukunft entgegen, nach einer Verwirklichung der gesuchten Zielpunkte in einer gewissen Ordnung durch die, welche es angeht; von da kommt der tendenzielle Charakter des Gleichgewichts unter den menschlichen Handlungen“ (S. 27).

Der Verfasser behandelt im ersten Teil seines Buches allgemeine Wirtschaftsprobleme, wie die der wirtschaftlichen Handlung, der wirtschaftlichen Aufeinanderfolgen, der wirtschaftlichen Wahlen und Geldfunktionen, der wirksamen Nachfrage in der kurzen und in der langen Periode. Im zweiten und dritten Teil behandelt er unter dem Thema „Die Konjunkturen der längeren Periode“ den wirtschaftlichen Fortschritt und die säkulare Expansion und die damit zusammenhängenden Probleme der säkularen Zurechnung des wachsenden Sozialproduktes, das Preissystem als Bezugsmittelpunkt der Entscheidungen u. a. m.; im dritten Teil, überschrieben „Die Konjunkturen der kürzeren Periode“ befaßt er sich mit den Formen des konjunkturellen Werdens, mit den Entsprechungen in Mengen und Preisen, den konjunkturellen Entsprechungen der Geldnachfrage, der Depression und Expansion, der Spannung und Rezession u. a. m. Als Anhang sind dem Werk eine Statistik der Finanzstrukturen in Belgien (1950—1955) beigelegt, ferner ein dankenswertes Verzeichnis der Definitionen und Unterscheidungen, die für das Verständnis des Werkes wichtig sind, und schließlich eine Übersicht über die „Arbeiten des Institut des recherches économiques et sociales, welche die Interpretation der wirtschaftlichen Konjunkturen unterstützen“ (Institut der Universität Löwen).

Der Verfasser hat grundsätzlich recht, „daß die Volkswirtschaftslehre aus der Theorie der Handlungen hervorgeht“ und sich aus diesem Ausgangspunkt bestimmte Folgerungen ergeben. „Die fraglichen Handlungen sind Auswahlhandlungen — am häufigsten Auswahlhandlungen zwischen Gütern und Diensten einerseits und dem Geld andererseits“ (S. 392). Dupriez hat auch darin recht: „Die Auslegung der wirtschaftlichen Entwicklungen durch die Handlungen, welche die Synthese der Beweggründe ausmachen, die sie beeinflussen, rückt die Volkswirtschaftslehre in den Blick der Philosophie.“ Man muß dem Verfasser jedoch entgegenhalten, daß die Wirtschaft oder die Volkswirtschaft erfahrungsgemäß mehr ist als wirtschaftliche Praxis oder eine Gesamtheit von Wahlhandlungen. Die Erfahrung zeigt uns auch mannigfaltige durch den wirtschaftenden Menschen bewerkstelligte Beziehungen zwischen den Gütern und Diensten, vor allem aber auch wesentlich voneinander verschiedene Ordnungen und Strukturen, durch welche wirtschaftliche Bewegungen und Entwicklungen ihr jeweils verschiedenes Gepräge erhalten.

Dupriez betrachtet in seiner „Konjunkturphilosophie“, analog den Klassikern, Volkswirtschaft und Marktwirtschaft als identisch. Infolgedessen berührt er auch nicht die Frage einer konjunkturentwickelnden Entwicklung in einer Zentralplanwirtschaft. Eine ganzheitliche Theorie der Wirtschaftsbewegungen müßte schließlich auch die Einrichtungen, die Institutionen, die Gustav *Schmoller* als „Kristallisationen“ der gesellschaftlichen Beziehungen bezeichnete, berücksichtigen.

Wir stimmen dem Verfasser zu: „Die Gedankenführung, die wir uns hier zu eigen machen, unterscheidet sich — philosophisch und logisch — beträchtlich von den meisten wissenschaftlichen Bemühungen der Gegenwart. Diesen gegenüber ist sie tatsächlich revolutionär, gerade weil sie sich den Aufbau eines Denksystems vornimmt, das die klassische Nationalökonomie fortführt“ (S. 12). Insofern ist diese Grundlagenlehre in der Form einer realistischen, praktisch orientierten Theorie der Wahlhandlungen eine begrüßenswerte Ergänzung zu der im Übermaß betriebenen objektivistischen und mathematisierenden Wirtschaftstheorie unserer Tage.

Herbert Schack, Berlin

Walter G. Waffenschmidt: Graphisch-Anschauliche Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 2. erw. Aufl. Meisenheim am Glan 1963. Anton Hain. 319 S.

Verbale, geometrische und mathematische Methoden liefern die Werkzeuge der wirtschaftstheoretischen Analyse, dienen aber auch zur Vermittlung des nationalökonomischen Wissens. Obwohl sich in der theoretischen Bewältigung der Wirtschaftswirklichkeit der Ausschließlichkeitsanspruch der jeweils neu auftretenden Methoden schließlich verloren hat und alle Methoden nebeneinander eingesetzt werden, hat sich in der Lehrbuchliteratur eine mehr oder minder klare, an eine dieser drei Darstellungsweisen, an die verbale (z. B. *Samuelson*), die geometrische (z. B. *Schneider*) oder an die algebraische (z. B. *Henderson-Quandt*) angelehnte Darstellungsweise bisher behauptet.

Dazwischen will das Lehrbuch von Waffenschmidt eine Mittlerstellung einnehmen. Die Schrift „will zwar jene Art beibehalten, die auf dem verbalen Boden einer allgemeinen Vernunft wächst und die wohl jeder Theorie vorgeschaltet sein muß. Sie will aber auch in der mathematischen Richtung die abstrakten Darstellungen durch die Graphik veranschaulichen“ (S. XI). Diese anschauliche Methode macht wohl die größten Anleihen bei der geometrischen Darstellungsweise (die Konsum- und die Kostenanalyse unterscheiden sich in dieser Hinsicht nur wenig von den bekannten Darstellungen), sie stützt sich aber hauptsächlich auf die graphische Präsentation der Überlegungen, auf die Zeichnung, die das, „was etwa die mathematische Analysis abstrakt darstellt und scharf verstandesmäßig präsentiert, auf den sichtbaren Bildschirm projiziert“ (S. XII).

Die anschauliche Methode hat natürlich den gleichen grundsätzlichen Nachteil wie die geometrische: Es lassen sich nur Fälle mit zwei

oder höchstens drei Variablen zeichnerisch erfassen. Die n-dimensionale Darstellung bleibt der rein mathematischen Analyse überlassen. Man wird aber zugestehen, daß die anschauliche Methode durch Behandlung derartiger zweidimensionaler Fälle den Übergang zu der allgemeinen mathematischen Analyse vorbereiten kann.

Im ersten Teil „Entwicklung, Ordnung und Methoden der Nationalökonomie“ unternimmt der Verfasser auf den ersten 70 Seiten einen kurzen, mit fast aphoristischen Bemerkungen durchsetzten, außerordentlich fesselnden Streifzug durch die Dogmengeschichte unserer Wissenschaft. Diese Betrachtungen sind immer in den größeren Bereich der Problematik um die Erlangung, Organisation und Gestaltung des Wissens eingebettet, immer werden Bezüge aufgedeckt, die über die Grenzen des eigentlichen Erkenntnisobjektes hinausgehen. Die nachfolgenden Kapitel über logische Ordnung, Wissensgestaltung, Wirklichkeit und Wissenschaft runden dann auch den ersten Teil ab, der sicherlich viel mehr ist als das, was der Autor bescheiden „eine einfache Elementarbelehrung der Studenten über die ‘Denkweise schlechtweg‘“ nennt.

Der zweite Teil „Neue Theorie und die Wirklichkeit im Schaubild“ bringt nun den Test für die anschauliche Methode, die sich jetzt bei der Darstellung des üblichen volkswirtschaftlichen Lehrstoffes zu bewähren hat. Zu Anfang wird der Wirtschaftskreislauf behandelt, und hier liegt nun wirklich das gegebene Feld der anschaulichen Graphik, die ja schon von *Quesnay* zu diesem Zweck verwandt wurde. Die Ströme und ihre Verteilungen und Zusammenführungen an den Polen, ihre Steuerung und Flußrichtung, all das wird klar und eindrucksvoll dargestellt, zweifellos zum großen Teil dank der gewählten Methode. Die Ableitung der Angebots- und Nachfragefunktionen folgt dem üblichen Lehrbuchschema; man findet in den einschlägigen Lehrbüchern zumindest gleich gute Darstellungen. Auch die Diskussion des Marktes als Lenkungsmodell der volkswirtschaftlichen Ströme, bewußt kurz gehalten, würde man dem Studierenden eher als ergänzende Lektüre zu diesem Problemkreis empfehlen. Im letzten Abschnitt „Die Wirklichkeit im Schaubild“ deutet der Autor dann in überzeugender Manier eine ganze Reihe von realen historischen Phänomenen des Marktes, der Konjunktur und des monetären Sektors durch anschauliche Modelle und graphische Darstellung. Dies zusammen mit dem Kapital über den Wirtschaftskreislauf liefert zweifellos das stärkste Argument für die Anwendung der anschaulichen Methode. Ob manche Darstellungen dabei aber wirklich „anschaulich“ bleiben (vgl. etwa S. 149, 162, 262, 272), soll der Vorstellungskraft und dem Urteil des Lesers überlassen bleiben.

Diese kritischen Bemerkungen sollen aber nicht von der Tatsache ablenken, daß mit diesem Buch ein hervorragender Wissenschaftler einen interessanten und begrüßenswerten Weg zur Einführung in die Volkswirtschaft gewiesen hat.

Gerhard Kade, Darmstadt

Walther G. Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Unter Mitarbeit von *Franz Grumbach* und *Helmut Hesse*. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Staatswissenschaft.) Berlin-Heidelberg-New York 1965. Springer-Verlag. XXVIII u. 842 S.

Mit diesem umfangreichen und gehaltvollen Werk, der Frucht minutiöser Kleinarbeit wie auch sachkundiger Blickweite und Urteilschärfe, haben der bewährte Autor und seine Helfer der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung einen vielfältigen, kaum hoch genug zu veranschlagenden Dienst geleistet. Ein solcher zuverlässiger Gesamtbericht von der Wachstumsgeschichte der deutschen Wirtschaft über ein ganzes Jahrhundert hin macht nicht nur die Verifikation wachstumstheoretischer Hypothesen möglich, sondern er bietet zugleich eine Handhabe, um aus der Fülle des hier zusammengetragenen und sorgfältig aufbereiteten quantitativen Informationsmaterials neue wachstumstheoretische Einsichten zutage zu fördern.

Auch für den Historiker ist diese Untersuchung von erheblichem Nutzen: Erschließt sie ihm doch ein von pointierenden Spezialinteressen unverstelltes Panorama sozialwirtschaftlicher Wandlungen, das zudem branchen- und firmengeschichtlichen Studien aus ihrer häufig zu beklagenden Isolierung heraushilft. Nicht zuletzt aber kommt diese Wachstumschronik regionalen Strukturvergleichen und der konjunktur- und wachstumspolitischen Praxis zugute, die aus den Erfahrungen der deutschen Industrialisierungsgeschichte heilsame Lehren ziehen kann.

Es ist ausgeschlossen, in einer knappen Besprechung den ganzen Ertrag dieses mit 26 Schaubildern und 325 Tabellen aufwartenden Buches auch nur annäherungsweise wiederzugeben. Der erste Teil berichtet über die Aufbringung des Sozialprodukts sowie über die Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens, wobei allen relevanten ökonomischen, technologischen und demographischen Datenänderungen Beachtung zuteil wird. Im zweiten Teil breitet das Werk zur Aufbringungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung sehr detailliertes Zahlenmaterial aus, das durchweg quellenkundlich belegt und in prägnanter Kürze kommentiert wird. Bei den hohen Anforderungen allein dieser Hauptaufgabe, möglichst vollständige Größenordnungen aus verstreuten Archivalien und Einzelschriften zusammenzustellen, auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen und in ihren Wechselbeziehungen zu interpretieren, liegt es auf der Hand, daß der Autor und seine Mitarbeiter unter den Fragen an ihre Tatsachensammlung eine strenge Auswahl zu treffen hatten. Diese notwendige Beschränkung in den dargebotenen Perspektiven erscheint auch deshalb vertretbar, weil zur Wirtschaftsgeschichte des Untersuchungszeitraums ein umfangreiches Schrifttum vorliegt.

Man darf den Verfasser und seinen Redaktionsstab zu dieser vorzüglichen Gemeinschaftsleistung beglückwünschen und den von ihnen in Aussicht gestellten monographischen Einzelstudien zum General-

thema ihres Forschungsberichts mit lebhaftem und dankbarem Interesse entgegensehen. Eben damit blieben sie dem S. V zur Vorlage erklärten wirtschaftsgeschichtlichen Leitbild *Schumpeters* treu: daß nicht so sehr die Querschnitte an jeweils verschiedenen Zeitpunkten als vielmehr die historischen Längsschnitte von Belang sind, wobei man sich darüber im klaren sein muß, daß erst durch Längs- und Querschnitte das historische Profil der Wirtschaft sichtbar gemacht werden kann.

Antonio Montaner, Mainz

Friedrich Jonas: Staatliche Hilfe bei wirtschaftlichen Strukturänderungen, dargestellt am Cotton Industry Act 1959. (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 18.) Berlin 1963. Duncker & Humblot. 93 S.

Die Wirtschaftspolitik betrachtet es heute als eine ihrer Aufgaben, bei wirtschaftlichen Strukturänderungen staatliche Hilfe zu geben. Die Betroffenen melden dazu ihre Forderungen an. Im ganzen Bereich der wirtschaftspolitischen Willensbildung wird darum gerungen. Über die Ziele und Mittel gehen die Ansichten weit auseinander. Wir haben dafür in der Bundesrepublik zwei Beispiele, die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, die Landwirtschaft und den Bergbau. In Großbritannien ist seit einigen Jahrzehnten in kleinerem Maßstab die Baumwollindustrie ein Wirtschaftszweig, der solchen Strukturänderungen unterworfen ist, die den Ruf nach dem Staat aufkommen ließen. Bis zum ersten Weltkrieg hatte die britische Baumwollindustrie nämlich eine marktbeherrschende Stellung. Aus der damaligen Zeit stammt ihre Struktur mit starker Spezialisierung und die relative Selbständigkeit der Produktions- und Handelsfunktionen. Seither schrumpft aber unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz vor allem aus den Entwicklungsländern des Commonwealth der Markt, und die Überkapazitäten werden immer größer; der marktwirtschaftliche Ausleseprozeß funktioniert nicht, weil Tradition und nicht rationales Verhalten das ökonomische Handeln bestimmen. Spekulative und zyklische Marktschwankungen und geringe fixe Kosten in Betrieben, die ihre Anlagen schon lange abgeschlossen haben, verhindern das Ausscheiden der Grenzproduzenten. Absprachen über Preise und Kapazitäten haben sich bei der Struktur der Baumwollindustrie und den Hindernissen der Gesetzgebung als unmöglich erwiesen. Das sind die Strukturschwierigkeiten der britischen Baumwollindustrie. Ein Wirtschaftszweig ist nicht mehr konkurrenzfähig, ein Schutz gegen die ausländische Konkurrenz scheitert an internationalen Handelsverpflichtungen, die Wirtschaftenden verhalten sich nicht rational und halten die Überkapazitäten traditionsgebunden aufrecht, Absprachen erweisen sich als unmöglich. Welche Strukturpolitik soll die Regierung betreiben? Der Vergleich zu deutschen Problemen drängt sich auf.

Die Studie von Friedrich Jonas stellt die Strukturschwierigkeiten der britischen Baumwollindustrie nach einer kurzen Einführung über

die Technik im Bereich der Baumwollindustrie dar und schildert damit die Voraussetzung für das Eingreifen der staatlichen Hilfe durch den Cotton Industry Act aus dem Jahre 1959. Das weitere ist die spannende Geschichte eines Stücks praktischer Wirtschaftspolitik. Das Gesetz von 1959 bestimmte in seinem ersten Teil, daß in Zusammenarbeit von Regierung und Baumwollindustrie ein Verfahren verfolgt wurde, bei dem der Staat zwei Drittel und der betroffene Industriezweig ein Drittel der Entschädigungszahlungen aufzubringen hatte, die denjenigen gewährt wurden, die freiwillig ihre Maschinen zur Verschrottung brachten; ein Ausscheiden aus der Baumwollindustrie wurde in bestimmten Fällen besonders prämiert. Dabei mußte durch Verhandlungen der Sozialpartner gesichert sein, daß die Industrie den durch Verlust des Arbeitsplatzes betroffenen Arbeitnehmern entsprechende Entschädigungszahlungen leistete. So erfolgte der Abbau von Überkapazitäten. Gleichzeitig sah das Gesetz in einem zweiten Teil vor, daß die britische Baumwollindustrie danach durch die Einstellung von neuen, dem technischen Fortschritt entsprechenden und rationell arbeitenden Maschinen ausgerüstet werden sollte. Dazu übernahm die Regierung einen Teil der Investitionskosten. Nach einer anfänglich erfolgreichen Aktion stellten sich jedoch Schwierigkeiten ein. Der vorgesehene Kapazitätsabbau ging nicht weit genug und die Neuinvestitionen blieben hinter den Erwartungen zurück. Jonas untersucht die Ursachen dafür.

Aus den Erfahrungen im Bereich der britischen Baumwollindustrie schließt der Verfasser dann auf die Voraussetzungen für erfolgreiche staatliche Hilfe bei wirtschaftlichen Strukturänderungen. Diese Generalisierung, die der Titel des Buches verspricht, ist nicht vertretbar; aber die Studie ist ein guter Beitrag aus der Sicht und der Erfahrung der britischen Baumwollindustrie zu dem weitergehenden Problem sektoraler Wirtschaftspolitik.

Fritz Abb, Frankfurt

Albert Hunold (Hrsg.): *Inflation und Weltwährungsordnung*. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1963. Eugen Rentsch. 231 S.

In der Reihe Sozialwissenschaftliche Studien für das Schweizerische Institut für Auslandsforschung erschien der zehnte Band zu einem sehr aktuellen Thema: *Inflation und Weltwährungsordnung*. Dem Herausgeber, *Albert Hunold*, gelang es auch diesmal, kompetente Referenten für die einzelnen Beiträge zu gewinnen. Es handelt sich um: *Jacques Rueff*, Geld — Schicksal des Menschen; *Wilhelm Röpke*, Der Kampf gegen die Inflation unserer Zeit; *Michael A. Heilperin*, Zurück zum Goldstandard; *Friedrich A. Lutz*, Das Problem der internationalen Liquidität und das System der mehrfachen Reservewährungen; *Günter Schmolders*, Vom Goldautomatismus zur freiwilligen Zusammenarbeit der Notenbanken; *Robert Triffin*, Die Währungsordnung des 20. Jahrhunderts. An die Referate schließt sich eine Niederschrift einer Podiumsdiskussion an. Ein Register erleichtert, die Ausführungen zu Einzelproblemen zu finden.

Wenn man sich der Meinung von Johan G. *Koopmans* anschließt, nach der die Marktwirtschaft noch nie eine echte Chance hatte, weil das Geld sich noch nicht während einer genügend langen Zeit neutral verhalten hat, begrüßt man die Themenstellung ganz besonders und hofft, daß überzeugende Argumente gegen die Inflation und für eine zweckentsprechende Reform der Weltwährungsordnung vorgetragen werden.

In der Diskussion meldete sich ein Importkaufmann zu Wort und stellte die Frage: Warum keine freien Wechselkurse? „Wir Kaufleute würden dann von der Unsicherheit auf dem Devisenmarkt befreit, wobei wir („jetzt“) allerdings von Zeit zu Zeit einem Erdbeben entgegensehen müßten, wie er uns heute abend in sehr drastischen Worten zu Gemüte geführt wurde. Das ist ein Risiko. Wie sollen wir Kaufleute das tragen, etappenweise der Möglichkeit von kurzfristigen Krisen, von währungspolitischen Zusammenbrüchen ausgesetzt zu sein und was damit verknüpft ist? Wir durften daher erwarten, eine Konzeption zu bekommen. Warum versagt der Liberalismus in der Bildung freier Wechselkurse?“ (S. 212—213).

Da diese Frage erst am Ende der Diskussion gestellt wurde, konnte es nicht mehr zu einer ausführlichen Antwort kommen. Aber nur ein Referent, nämlich *Lutz*, ist grundsätzlich für die Einführung flexibler Wechselkurse. Er resigniert aber, indem er ausführt: „... der Widerstand der Währungsinstanzen gegen flexible Wechselkurse ist in fast allen Ländern so stark, daß dieses System in unmittelbarer Zukunft keine Chancen hat“ (S. 75).

Die Ursachen der Schwierigkeiten mit der heutigen Weltwährungsordnung liegen darin, daß „die nationale Geldpolitik nicht mehr an dem Wechselkurs ausgerichtet ist, ... , sondern im Hinblick auf die nationale Konjunkturlage“ betrieben wird (S. 211). Die Notenbanken und Regierungen halten also die Spielregeln, die nun einmal mit einer Weltwährungsordnung mit festen Wechselkursen verbunden sind, nicht ein.

Reformen werden in zwei Richtungen vorgeschlagen: Eine Partei will den Vorrang der nationalen Geldpolitik bestehen lassen. Das führt zum Verlangen, die internationale Liquidität auszuweiten. Dann sind nämlich in der Zukunft noch größere Zahlungsbilanzungleichgewichte möglich, ohne daß eine Abkehr von der nationalen Geldpolitik nötig wird.

Die andere Partei wünscht eine Geldpolitik, die allein am Wechselkurs ausgerichtet ist. Dazu empfiehlt sie, vom Golddevisen-Standard abzugehen und allein nur noch Gold als Währungsreserve zuzulassen. Die Begrenzung der internationalen Liquidität allein auf Gold muß dann ein entsprechendes Verhalten der Notenbanken und Regierungen erzwingen. Hier vermißt man allerdings die nötige Konsequenz, denn der Vorschlag, den Goldpreis zu verdoppeln, bedeutet ja eben auch eine Ausweitung der internationalen Liquidität. Es bleibt

die Erkenntnis, daß eine Weltwährungsordnung mit festen Wechselkursen nur dann funktionieren kann, wenn die Notenbanken und Regierungen bereit sind, ihre Konjunkturpolitik dem Ziel der Aufrechterhaltung fester Wechselkurse unterzuordnen. Die bisherigen Erfahrungen raten zur Skepsis, so daß man besser von stufenweise veränderlichen Wechselkursen sprechen sollte.

Der Sammelband enthält kurze, knappe Darstellungen der einzelnen Pläne zur Reform der Weltwährungsordnung mit vielen technischen Einzelheiten. Er kann besonders deshalb empfohlen werden, weil dem Leser nirgends eindringlicher vor Augen geführt wird, daß diese Pläne nur eine zeitlich begrenzte Milderung der Schwierigkeiten bringen können.

Kurt Lubasch, Berlin

Adolf Süsterhenn: Unternehmensfreiheit und Mißbrauchsaufsicht. (Schriften der Adolf-Weber-Stiftung.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 53 S.

In einem Staat, dessen Wirtschaftsverfassung die Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung verfolgt, kommt allen jenen Bestimmungen eine besondere Bedeutung zu, die den Mißbrauch der gewährten Wirtschaftsfreiheit zum Schaden von Wettbewerbern oder Konsumenten verhindern sollen. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem deshalb, weil die zur Verhütung eines Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht zu treffenden Maßnahmen nur dies erreichen sollen und nicht die tatsächlich oder mutmaßlich mißbrauchenden Unternehmen in den übrigen auch ihnen zustehenden Freiheiten behindern dürfen.

Die Gefahr des Mißbrauchs von Marktmacht ist bei jenen Unternehmen gegeben, die nach § 22 GWB als „marktbeherrschende Unternehmen“ definiert werden. In zwei konkret festgelegten Fällen (§ 22 Abs. 3 GWB) konnte die Kartellbehörde hier in die privatwirtschaftliche Initiative von Unternehmen eingreifen, um einen Mißbrauch von Marktmacht zu verhindern. Nach einer von der Bundesregierung vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll nunmehr § 22 Abs. 3 durch eine Generalklausel ersetzt werden, die eine viel weiterreichende Eingriffsmöglichkeit der Kartellbehörde vorsieht. Gleichzeitig soll die Anzeigepflicht bei Unternehmenszusammenschlüssen nicht mehr allein von der Größe des Marktanteils, sondern auch von der absoluten Größe der beteiligten Unternehmen abhängig gemacht werden können, und schließlich soll nach einer solchen Anzeige mit den Unternehmen vor der Kartellbehörde öffentlich verhandelt werden.

Süsterhenn, Bundestagsabgeordneter und Experte des Verfassungsrechts, prüft in der vorliegenden Studie, ob diese Änderungen des GWB mit den im Grundgesetz für alle Unternehmen gewährten Freiheiten in Einklang stehen. Im Vordergrund steht dabei das Problem der verfassungsrechtlich zulässigen Einschränkung des wirtschaftlichen Verhaltens durch eine Generalklausel, die — wie der Verfasser

ausführt — als „Blankoermächtigung die dem kartellbehördlichen Eingriff unterworfenen Freiheitsrechte nicht hinreichend gesetzlich bestimmt“ und als verfassungswidrig anzusehen ist. Eine Erweiterung der Anzeigepflicht erscheint dagegen verfassungsrechtlich unbedenklich, da unmittelbar dadurch noch keine rechtsbeeinträchtigenden Maßnahmen der Kartellbehörde ausgelöst werden. Allerdings lassen sich gegen die Öffentlichkeit einer anschließenden Verhandlung vor der Kartellbehörde wieder erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken geltend machen.

Die klaren und überzeugenden Argumente der vorliegenden Studie dürften sicher mit dazu beitragen, in einer international zusammenwachsenden Wirtschaft auch den zwangsläufig entstehenden Großunternehmen mit einem bestimmten Grad von Markteinfluß eine Arbeitsbasis zu schaffen, die nicht mehr als unbedingt nötig durch beaufsichtigende Organe eingeengt oder bürokratisiert wird. Da inzwischen die hier kritisch beleuchteten Änderungsvorschläge Gesetz geworden sind, dürfte die Diskussion keinesfalls beendet sein.

Harald Winkel, Mainz

Walter A. Berendson: Das Volk der Bibel im Land der Väter. Der junge Staat Israel. Stuttgart 1962. Seewald Verlag. 309 S.

Berendson gibt mit seinem Buch eine allgemeine Einführung in die vielgestaltigen und deswegen fast unzähligen Fragen des noch jungen Staates Israel. Er vermittelt nicht etwa nur — wie es nach dem Lesen des zweiten Kapitels scheinen mag — wirtschaftliche Fakten, indem er die Entwicklung der Landwirtschaft mit ihren Kollektivkolonien, den Mammutapparat des Gewerkschaftskonzerns Histadrut, den Einfluß der Jewish Agency und den Sektor der privaten Unternehmergebeten schildert. Er ist bestrebt, ein geschlossenes Bild zu geben, das besonders im Falle Israel unvollständig wäre, wollte man bei einer Wirtschaftsanalyse verweilen. Denn alle die wirtschaftlichen Leistungen des Landes werden von weitblickendem Idealismus bei gleichzeitig hartnäckigem Realismus (S. 161) seiner Menschen getragen. Diese Einstellung wird erklärlich, wenn man die Abhandlungen über die Vorgeschichte des Staatswesens, die Entwicklung der Kibuz-Landwirtschaftskollektive und damit sich verbindend die Vorgeschichte der israelischen Verteidigungsarmee, die verwickelt schwierige Geschichte des Unabhängigkeitskrieges während der Jahre 1947 bis 1949 und die Vorgänge um den Sinai-Feldzug studiert hat. Bei seinem Bemühen, dem unbefangenen Leser das ganze Israel nahe zu bringen, werden in der zweiten Hälfte die Kultur- und Bildungsfragen eingehend erörtert. Hierbei gestaltet sich Berendsons Buch zu einem Nachschlagewerk, auch für den Israel-Reisenden.

Den Beziehungen des Landes zu den Staaten der Erde wird ein besonderes Kapitel gewidmet; es werden dargestellt sein Verhältnis

zu den USA, das besonders durch Unterstützungsmaßnahmen der Regierung Truman, aber auch durch Amerikas Jüdenheit beeinflusst wird; die Beziehungen zur Bundesrepublik, die außer den drei Milliarden D-Mark Wiedergutmachungszahlungen auch durch viele wirtschaftliche und politische Kontakte verbessert wurden. Israel als wirtschaftliches und soziales Modell in seiner Bedeutung für die Entwicklungsländer Asiens und Afrikas dürfte für jeden sich mit Entwicklungsfragen Beschäftigenden von großem Interesse sein. Selbst ein Entwicklungsland, mit Zahlungsbilanzdefizit und anderen für solche Länder typischen Erscheinungen belastet, ragt es unter anderen dadurch hervor, daß es, wie Berendson zu Anfang schildert, schon seit der jüdischen Besiedlung des alten Palästinas eine nach genossenschaftlichen Prinzipien gestaltete Wirtschaftsorganisation aufbaute. Die heute im Histadrut-Gewerkschaftskonzern vereinigten Genossenschaftsbetriebe der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Industrie, der Banken und anderer Wirtschaftssektoren, auch verschiedener Sozialinstitutionen, wie z. B. Krankenkasse, bilden einen Wirtschaftsblock, ohne den entscheidend wichtige Entwicklungs- und Siedlungsprojekte nicht durchgeführt werden könnten. Es beeindruckt sehr, daß daneben der Sektor der privaten, meist Industrie-, Unternehmerwirtschaften besteht und beide als selbständige Bestandteile das heutige Wirtschaftssystem Israels ausmachen.

Abschließend sei bemerkt, daß alle von Berendson geschilderten Bereiche israelischen Lebens, so der Kibuz als Keimzelle der Staatswerdung und alle anderen Formen landwirtschaftlicher Kolonien, Urbarmachung, Bewässerung, Industrialisierung, der Histadrut-Gewerkschaftsverband, das Militär, die Einordnung der aus allen Erdteilen kommenden Einwanderer, die Durchsetzung des Hebräischen als neue gemeinsame Landessprache und viele andere Bereiche mehr, gekennzeichnet sind von der Fähigkeit dieses Volkes, zu organisieren. Unter Berücksichtigung des alle Schichten durchdringenden Idealismus und seines Arbeitswillens, die vielfach noch wüsten Bodengebiete bei meist schmaler Kapitalbasis zu erschließen, zu bebauen und zu industrialisieren, müßte die Organisation als Entwicklungsfaktor auf allen Gebieten der Wirtschaft und Gesellschaft Israels besonders herausgestellt werden und hätte als solche vom Verfasser in einem besonderen Kapitel behandelt werden können.

Eckart Lau, Berlin

E. F. Szczepanik (Hrsg.): *Symposium on Economic and Social Problems of the Far East*. London 1963. Oxford Univ. Press. 508 S.

Im September 1961, gelegentlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Universität Hongkong, wurde unter dem Vorsitz von E. Stuart Kirby zu Hongkong eine Tagung über fernöstliche Gegenwartsprobleme veranstaltet, an der hundert Autoritäten auf diesem Gebiet teilgenommen.

men haben. Es wurden 46 Papers vorgelegt. Die 1963 erschienene Publikation umfaßt 32 dieser Abhandlungen in extenso, die übrigen in kurzer Zusammenfassung.

Beherrschendes Grundthema ist die Verwandlung und das neue Gewicht Chinas. Wie könnte es auch anders sein? Und der breiteste Raum wird den Auswirkungen gewidmet, die die wirtschaftlichen, die politischen, die sozialen Wandlungen Chinas auf den übrigen Fernen Osten haben, von Japan bis Malaya und Australien. Mit größter Intensität aber werden auch die Vorgänge innerhalb Chinas durchleuchtet. Und zwar nicht nur die ökonomischen, denen die allgemeine Aufmerksamkeit mit Vorzug zugewendet ist: Landwirtschaft, Industrie, Geldwesen, Zahlungsbilanz. Tiefe Einblicke öffnen sich gerade auch in schwerer zugängliche Sphären, die stichprobenweise durch die folgenden Themen gekennzeichnet seien: Wandlungen in der Denkrichtung der chinesischen Kommunisten 1937—1960. Was bedeutet im kommunistischen China das Gesetz? Die Einstellung der KP zum kulturellen Erbe Chinas. Die chinesische Familie.

Es bedarf nicht der Bekräftigung, daß der am Geschehen im Fernen Osten teilnehmende Leser — ob allgemein Interessierter oder Mann vom Fach — aus dem Bande im reichsten Maße Information und Anregung empfangen wird. Dies gilt für jeden einzelnen Beitrag ebenso wie für das Ganze.

Beachtlich ist aber vor allem das sämtlichen Beiträgen gemeinsame wohlabgewogene Urteil, das allseitige Bemühen, dem neuen Faktor im Fernen Osten in seinem realen Gewicht gerecht zu werden, sich nicht den Wirklichkeitssinn durch Liebe oder Haß trüben zu lassen. Dies trifft auch für die Diskussion der verschiedenen Themenkreise zu, und zwar selbst da, wo — noch in der 1962 entstandenen redaktionellen Zusammenfassung — abweichende Auffassungen vernehmlich aufeinandergeprallt sind. Man bedenke: Ende 1961, nach der dritten Mißernte, befand sich die Chinesische Volksrepublik in der tiefsten Krise, und niemand wußte, wann und wo sie enden würde — jene Krise, die dadurch entstanden war, daß das gewagte Experiment der Volkskommune noch in seinem ersten turbulenten Stadium in eine Serie von Dürrejahre geriet und Chruschtschow diesen Zeitpunkt wählte, um die sowjetische Aufbauhilfe einzustellen. Dennoch ist bei keinem der damals in Hongkong zusammengekommenen Chinaexperten der westlichen Welt die Ansicht zu erkennen, das Regime in Peking sei nicht fest genug etabliert, um den Sturm zu überstehen und aus den bitteren Erfahrungen zu lernen. Dem kühlen Wirklichkeitssinn der Versammelten ist durch den weiteren Gang der Dinge das beste Zeugnis ausgestellt worden. Die in dem Sammelband zusammengefaßten Abhandlungen haben somit von ihrer Gültigkeit nichts eingebüßt.

Max Biehl, Kiel

Eugen H. Sieber (Hrsg.): *Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik.* (Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 21.) Berlin 1963. Duncker & Humblot. 253 S.

Anläßlich der Nürnberger Hochschulwoche vom 27. bis 30. November 1962 haben sich 12 Vertreter der Wissenschaft und Praxis zu dem Thema *Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik* geäußert. Ihre Beiträge sind in der vorliegenden Publikation veröffentlicht. Sie geben einen recht interessanten Überblick über den neueren Stand unseres Wissens und unserer praktischen Erfahrungen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß auf einzelnen Gebieten inzwischen weitere Fortschritte gemacht werden konnten oder bisher gültige Thesen revidiert werden mußten. Insgesamt vermittelt die Publikation einen lebendigen Eindruck von der Vielzahl der Argumente. Sie kann und will auch nicht in die Tiefe gehen. Vieles rührt aus dem Bereich der Spekulation, einiges hält einer strengen Kritik mit Maßstäben der modernen Forschung und Verwaltungserfahrung nicht stand. Im folgenden sollen aus der Zahl der Beiträge einige näher vor Augen geführt werden:

Zuerst meldet sich Friedrich Karl *Vialon* (*Entwicklungspolitik als deutsche Aufgabe*) zu Wort. Er leitet seine Betrachtungen mit der „Pfennigrechnung“ ein, nach der die Leistungen der deutschen Entwicklungshilfe pro Kopf und pro Jahr des Bundesbürgers etwa seiner Tabaksteuer entsprechen. Die sich anschließende Frage nach dem Zuwenig oder Zuviel wurde vor drei Jahren, als die Leistungen jährlich noch stiegen, anders als heute beantwortet. Auch war damals noch das Argumentieren mit Kapitalgrößen an der Tagesordnung, von denen man glaubte, sie könnten zeitraubende und schwierige Entwicklungsprozesse drastisch abkürzen; so etwa die Bemerkung, daß ein Teil der Investitionen für Weltraumforschung „ausreichen könnte, das Problem des Hungers zu lösen“ (S. 13). Allerdings wird hier die Notwendigkeit der Bildungshilfe deutlich unterstrichen, die ihrerseits einen mühsamen und langen Weg der Entwicklungshilfe weist. Nach einem Plädoyer für die bilaterale Hilfe, deren zahlreiche Vorteile gegenüber der multilateralen Hilfe in die Waagschale geworfen werden, deutet der Verfasser den Erfolg einer Hilfe mit sozio-ökonomischen Kriterien, die im Rahmen der Entwicklungshilfe auch politisch die besten sind. Die sozio-ökonomischen Kriterien liefern uns die sichersten Maßstäbe für die Effizienz der Hilfe und veranlassen uns, Irrtümer zu korrigieren, denn jeder wirtschaftliche Entwicklungsprozeß ist ein solcher Prozeß der Korrekturen.

Die nachfolgenden Ausführungen von Sven *Helander* (*Theorie der Entwicklungsländer*) heben sich mit ihren Gemeinplätzen und wenig brillanten Formulierungen nicht günstig ab. Der Verfasser stellt die Frage, „soll von all' dem eine Theorie gegeben werden, die alle diese Unterschiede auf einen Nenner bringen will“, und beantwortet sie mit einem „Ja“ (S. 32). Dies ist allerdings ein rhetorisches Ja, denn

er bleibt dem Leser auch nur die ersten Ansätze einer solchen Theorie schuldig. Kolonialpolitik und Entwicklungshilfe werden mißverständlich in bezug gebracht (S. 24) und klassische Irrtümer ständig neu formuliert, so etwa die Behauptung, daß die Bevölkerungsvermehrung einen „dynamischen Faktor der Entwicklungsländer“ (S. 38) darstelle. Leider finden sich auch immer wieder die Verallgemeinerungen, welche eine wissenschaftlich produktive Diskussion von Entwicklungsfragen erschwert: „... in ganz Asien hat man in den Fabriken zunächst Diesel-Motoren mit geringer Geschwindigkeit benutzen müssen, da diese der niedrigen Qualität der Arbeiter entsprechen“ usw. (S. 41) und viele Binsenweisheiten („Je mehr Länder aber das Stadium des Entwicklungslandes erreichen, desto größer wird der Gesamtbetrag der hierbei benötigten Kredite“ [S. 44]).

Die folgenden Ausführungen von Andreas *Predöhl* (Industrialisierung der Entwicklungsländer) vermitteln neue Erkenntnisse und ordnen das Problem der Entwicklungsländer einerseits „in das räumliche Ganze der Weltwirtschaft ein“, betrachten es also gewissermaßen im Querschnitt, andererseits ordnen sie es in die Gesamtentwicklung der Wirtschaft ein, behandeln es also im Längsschnitt (S. 51). Hier finden wir eine originelle Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung in ihren jüngsten Abschnitten. Zusätzlich zu den in Stufentheorien üblichen Aspekten des Wirtschaftskreislaufs werden die raumwirtschaftlichen Veränderungen herausgearbeitet und von hier aus die heutige Situation der Entwicklungsländer beleuchtet. Nach dem Entwurf einer multizentrischen Weltwirtschaft mit Kern- und Randgebieten erfolgt eine Abschätzung der weiteren Entwicklungschancen (S. 58), die allerdings nicht zu allzu optimistischen Urteilen führt. In der Frage der weltwirtschaftlichen Eingliederung der Entwicklungsländer äußert sich der Verfasser bezüglich der realen Möglichkeit ebenfalls zurückhaltend. Der automatische Ausgleich, den wir seit *Ricardos* Tagen kennen, ist heute nicht mehr gegeben (S. 62). Die Konsequenzen für die geeigneten Mischformen hinsichtlich der Wirtschaftsordnung werden dargelegt: „Je besser die Vollbeschäftigung durch Lenkung gesichert ist, desto freier kann der Wettbewerb sein und desto besser der Freihandel sich entfalten (S. 63).

Schließlich sind noch die Ausführungen von Hans *Wilbrandt* von besonderem Interesse. Er untersucht einige in der Agrarentwicklung wirksame Faktoren unter dem Thema „Wandel der Agrarstruktur in den Entwicklungsländern“. Dabei verweist er auf viele Ähnlichkeiten mit früheren Entwicklungsstadien der heutigen Industrieländer, wie etwa den hohen Prozentsatz der landwirtschaftlich Beschäftigten, die Identität von Produzent und Konsument, primitive Techniken der Agrarproduktion, Eigentumsverhältnisse, Mobilität usw. Dann aber warnt er vor einer unkritischen Übertragung unserer Erfahrungen und Entwicklungsmodelle auf die heutigen Entwicklungsländer. Die Gründe hierfür sind kurz und eindringlich skizziert (Bevölkerungswachstum

hat bei uns erst mit dem Produktionsanstieg eingesetzt, Auswanderungsmöglichkeiten, neue Techniken usw.). Insgesamt kommt hier immer wieder der viel größere ökonomische, bevölkerungspolitische und technische Spielraum zum Ausdruck, der den Industrieländern — im Gegensatz zu den heutigen Entwicklungsländern — zugute kam. Andererseits ergeben sich aus der Feststellung, daß „Agrarentwicklung ihren Anstoß meist in stärkerem Maße von außen“ erhält (S. 75), interessante Ansätze zur Entfaltung der Agrarwirtschaften der Entwicklungsländer. Der Verfasser fordert hierbei die Überwindung isolierter Entwicklungsprogramme, wie sie am extremsten vielleicht im „Modern Sector“ als einem von Industrieländern isoliert errichteten Produktionszentrum zum Ausdruck kommen (S. 77). Seine kluge Abschätzung der bestehenden Probleme und Möglichkeiten überzeugt.

Es besteht hier nicht die Möglichkeit, auf alle Beiträge gesondert einzugehen. Es folgen noch die Abhandlungen von Kurt Hesse über „Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik“, von Werner Ehrlicher über „Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungsländern“, von Friedrich Medebach über „Entwicklungsländer in der Karikatur“, von Eberhard Dülfer über „Betriebswirtschaftliche Probleme in den Entwicklungsländern“, von Ernst Weigt über „Natur- und Anthropogeographische Probleme der Entwicklungsländer“, von J. S. Mehta über „Entwicklungsaufgaben in Indien“, von Rudolf Stucken über „Entwicklungshilfe im Sudan“ und von Karl Valentin Müller „Zur Soziologie der Entwicklungsländer“.

Die summarische Zusammenfassung dieser Autoren und ihrer Themen hat keinen wertenden Charakter, wenngleich nicht zu leugnen ist, daß bei den vorgenannten vier rezensierten Autoren eine gewisse Repräsentanz bezüglich ihrer Vorzüge und Schwächen auch für die Gesamtheit der vorliegenden Publikation zu bemerken ist. Es dürfte klar sein, daß dieses Buch nur dem Leser, der mehr eine breitere als tiefere Belehrung sucht, von Nutzen sein kann. Auch wirft ein solcher Sammelband wieder die Frage nach dem wissenschaftlichen Wert in bezug auf Aussagekraft und Qualität so unterschiedlicher Beiträge auf. Vielleicht eignet sich heute das Thema Entwicklungsländer nicht mehr recht hierfür. Allzu lange haben wir allzu viel Symposien auf diesem Gebiete veranstaltet. Was jetzt gerade im deutschen Sprachraum nottut, sind geschlossene Abhandlungen, die mehr in die Tiefe gehen und neue Wege weisen.

Horst Dumke, Bonn

John F. Due: Taxation and Economic Development in Tropical Africa, Cambridge, Mass. 1963. The M. J. T. Press. 172 S.

In einem Buch über Besteuerung und ökonomisches Wachstum in den Entwicklungsregionen darf man keine sensationellen Überraschungen suchen. Der derzeitige Stand der Forschung muß sich mit einer Bestandsaufnahme der Steuersysteme, des Steueraufkommens und der Steuerverteilung sowie einiger weniger, empirisch abgesicherter Fest-

stellungen über Steuerwirkungen zufriedengeben. Man sollte dabei nicht vergessen, daß gerade die letzte Frage vor zwanzig Jahren auch in der altindustrialisierten Welt empirisch noch nahezu gänzlich unbeantwortet war. Man muß also jede Untersuchung begrüßen, die Studien über einzelne Entwicklungsregionen zusammengestellt und langsam Licht in das Dunkel fiskalischer Verhältnisse etwa in Afrika oder in den hinterindischen Staaten bringt. Nach den Arbeiten von Ursula K. Hicks über das Finanzwesen der Entwicklungsländer stellt die gewissenhafte Arbeit von Due eine begrüßenswerte und recht vollständige Analyse von acht west- und ostafrikanischen Staaten dar, die im weiteren oder im engeren Sinne zum britischen Commonwealth gehören.

Der Verfasser untersucht die Struktur der Steuersysteme sowie die einzelnen Steuern, wobei er der Einkommensteuer, den Verbrauchssteuern, den Zöllen und Ausfuhrabgaben sowie der Bodenbesteuerung seine besondere Aufmerksamkeit schenkt. Dankenswerterweise widmet er den Fragen der Besteuerung in föderal regierten Zonen besondere Aufmerksamkeit, womit notwendigerweise auch die Fragen des Finanzausgleiches angeschnitten werden. In einem abschließenden Kapitel weist der Autor auf die vielfachen Schwierigkeiten hin, denen die Entwicklungsländer gegenüberstehen, wenn sie zwei grundlegende fiskalpolitische Ziele gleichzeitig erreichen wollen: Verlagerung eines langsam wachsenden Volkseinkommens in die Hände des Staates, um weitere Entwicklungsinvestitionen finanzieren zu können, und daneben eine Begünstigung der privaten Kapitalbildung. Tatsächlich sind unter diesen Zielsetzungen steuerpolitische Ideale und fiskalpolitische Grundsätze weitaus schwerer durchsetzbar als in der altindustrialisierten Welt mit ihrem durchschnittlich höheren Realeinkommen je Kopf der Bevölkerung.

Zu bekannten Tatsachen, wie etwa der überaus geringen Zahl von Einkommensteuerpflichtigen in einzelnen Entwicklungsregionen oder der meist hohen Bedeutung der Verbrauchssteuern und Zölle, liefert der Verfasser neue Beweise, wobei allerdings auch einige regionale Unterschiede zwischen einzelnen afrikanischen Ländern sichtbar werden. Besonders verdienstvoll ist eine Aufstellung über die Progression der Einkommensteuer in allen acht untersuchten Ländern. Den Versuchen, gewisse Steuerbelastungsvergleiche anzustellen, ebenso wie den Anteil der Besteuerung am Bruttosozialprodukt zu messen, wird man jedoch skeptisch begegnen müssen. Ohne Zweifel ist diese Studie ein weiterer Schritt vorwärts in der Erforschung der fiskalischen Strukturen in ausgewählten Entwicklungsbezirken, und man darf hoffen, daß in überschaubarer Zeit auch schon erste Betrachtungen und verifizierte Untersuchungen über das Budgetgleichgewicht sowie über die tatsächlichen Auswirkungen von Steueränderungen auf das wirtschaftliche Verhalten folgen werden. Die Zeiten improvisierter fiskal- und steuerpolitischer Maßnahmen und einmaliger konfiskatorischer Eingriffe in Grundbesitz und Volksvermögen gehen in allen Entwick-

lungsländern schnell zu Ende. Ein Aufbau und Ausbau des Finanzwesens kommt aber nicht aus ohne eine genaue Kenntnis der Schwierigkeiten der derzeitigen Systeme, die der Verfasser auch an Hand mancher in den Text eingestreuter statistischer Angaben belegt.

Lutz Köllner, Münster/Westf.

Helmut Lipfert: Internationale Finanzmärkte, Probleme und Entwicklung eines Jahrzehnts. Frankfurt a. M. 1964. Fritz Knapp Verlag. 534 S.

Der Leser dieses umfangreichen Werkes wird guttun, sich erst eingehend mit dem „analytischen Inhaltsverzeichnis und Quellennachweis“, S. 511 bis S. 524, zu befassen. Es bietet nicht nur die bei einem solchen Umfang unentbehrliche Orientierung, sondern auch eine überzeugende Gliederung der zusammengefaßten Aufsätze des Verf. nach sachlichen Gesichtspunkten. Der erste Teil betrifft „Entstehen freier Devisenmärkte“ und behandelt nach dem Abschnitt A („Allgemeine Darlegungen“) im Abschnitt B „Multilateraler innereuropäischer Devisenhandel auf Basis der EZU“, im Abschnitt C „Handel in freikonvertierbaren Währungen“ usw. Im Teil II wird der „Abbau der Devisenbewirtschaftung“ dargestellt, wobei die Switchgeschäfte in sechs Artikeln und der Verrechnungsdollar mit dem Sonderfall des Brasildollar in acht Artikeln, die Sperrmark und liberalisierte Kapitalmark in sieben Artikeln behandelt werden, während der letzte, Abschnitt D, dieses Teils der Periode „von der Weichwährung zur freien Dollarkonvertibilität“ in 16 Artikeln handelt. Dem folgen dann noch drei weitere Hauptteile, nämlich III: „Volks- und betriebswirtschaftliche Währungsfragen“, IV: „Internationale Geld- und Kreditmärkte“ und V: „Grenzüberschreitender Kapitalverkehr“, jeweils in mehrfacher Unterteilung, ausgefüllt mit einer Reihe einschlägiger Aufsätze über Zahlungsbilanz- und Liquiditätsprobleme, Währungsrisiken der Unternehmen, Zusammenarbeit oder Kollisionen zwischen Geschäftsbanken, Zentralbanken und Schatzamt usw.

Bei einem Umfang der hier vorgelegten Sammlung von insgesamt etwa 140 Zeitschriftenartikeln und Zeitungsaufsätzen ist es ausgeschlossen, eine vollständige Übersicht oder gar erschöpfende Würdigung zu bieten. Grundsätzlich aber ist festzustellen, daß in dem hier bearbeiteten Bereich und seiner wissenschaftlichen Durchleuchtung nicht leicht zu viel geschehen ist. Der Verf. hat nicht nur von der grundsätzlichen Seite her, sondern auch im Sinn der Aktualität seinen Beitrag geleistet, und es scheint nicht überflüssig, wenn auch kurze Artikel in der analytischen Gliederung mit aufgenommen worden sind. Dem sachkundigen Leser, wie dem in der Materie weniger heimischen Interessenten bietet jeweils die kurze Inhaltsangabe in dem analytischen Inhaltsverzeichnis eine erste Orientierung und Anleitung.

Wenn nun die Aktualität vorüber, die Situation geklärt oder gar ein Spezialproblem gelöst ist, so bleibt immer noch der historische

Gehalt, der in dem Auftreten so weitreichender Fragen, wie es diejenigen des Handels- und Zahlungsverkehrs, der Währungspolitik, insbesondere der Devisenbewirtschaftung und Devisenfreigabe darstellen, zum Ausdruck kommt. Ich betrachte es nicht nur verdienstvoll im Sinn historischer Dokumentation, wenn in der vorliegenden Fassung und Gliederung das für die Bundesrepublik und für die ganze westliche freie Welt schicksalerfüllte Jahrzehnt 1953 bis 1963 in seinen wichtigsten Etappen und Umständen und seinen kritischen Momenten festgehalten wird, ich bin auch der Überzeugung, daß hier ernsthafte Probleme energisch angegangen und wissenschaftlich geklärt worden sind, mit denen sich die Betriebs- und auch die Volkswirtschaftslehre nicht immer genügend beschäftigt hat. Der Beitrag eines Betriebswirtes, wie er hier von Helmut Lipfert geleistet wird, ist mehr als nur eine Ergänzung zum Geschehen und zum Geschehenen. Lipfert dringt tief in die Problematik der internationalen Zahlungen ein, zeigt die Schwierigkeiten der nationalen Gesetzgebung, wenn sie sich um Freiheit und Bindung und danach wiederum um die Wiederherstellung verlorener oder beseitigter Freiheit bemühen muß, dazu die Schwierigkeiten der internationalen Verständigung, der gegenseitigen Hilfen und Abmachungen.

Es ist ein fast unüberschaubares Gebiet, in dem sich nur ein klarer Kopf mit nicht leicht zu verwirrenden Vorstellungen und einer entschiedenen Arbeitsrichtung zurechtfinden kann. Diese nicht allzu häufigen Eigenschaften hat Lipfert vereinigt, anders wäre ihm eine solche Arbeit nicht geglückt, ja nicht einmal ein Teil der einzelnen Vorleistungen in den Sinn gekommen. Viele Leser aus vielen Berufsschichten und Studienrichtungen werden es ihm danken.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Bernd Holland: Die Rohrleitung als Ferntransportmittel. (Bd. 4 der Verkehrswissenschaftlichen Forschungen.) Berlin 1961. Duncker & Humblot 1961. 177 S.

Einem in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund tretenden Massentransportmittel, der Rohrleitung, ist diese Studie gewidmet. Der zunehmende Verbrauch von Öl und Gas verlangte nach einem adäquaten Transportmittel. Als solches hat sich die Röhrenfernlinie vor allem in den USA schon bewährt. Ihre Übernahme in einen zusammenwachsenden europäischen Wirtschaftsraum und vor allem die sich ergebenden verkehrspolitischen Fragen, die Einordnung der Pipelines in das bestehende Verkehrssystem, ihre Besonderheiten gegenüber Eisenbahn, Schifffahrt und Straßentransport und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgerungen untersucht der Verfasser in seiner anschaulich geschriebenen Darstellung. Er macht deutlich, wie Veränderungen im Verkehrsbereich die räumliche Struktur und das Wirtschaftssystem beeinflussen. Die großen Raffinerien im

deutschen Binnenland und die ihnen folgenden Industrien sind Zeugnis seiner Aussagen. Gleichzeitig warnt er bei dem neuen Transportmittel vor allen verfrühten Reglementierungen, ohne die Gefahren des bei dem Bau und Betrieb von Rohrleitungen möglichen Machtmißbrauchs — dargestellt am historischen Beispiel der Standard Oil Company of New Jersey — zu verkennen.

Gerade der raumgestaltende Einfluß der Rohrleitungen läßt Sekundärprozesse erwarten, mit denen sich im Anhang der Untersuchung Hollands F. Voigt auseinandersetzt und dabei nochmals hervorhebt, welche Fragen bei der Einführung neuer Transportmittel, wie der Rohrfernleitungen, zu beachten sind. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß diese sorgfältige Arbeit mit zahlreichen Quellenangaben und einem reichhaltigen Literaturverzeichnis versehen ist.

Harald Winkel, Mainz

Robert Nöll von der Nahmer: Lehrbuch der Finanzwissenschaft (Bd. I: Allgemeine Finanzwissenschaft, Bd. II: Spezielle Steuerlehre). Köln und Opladen 1964. Westdeutscher Verlag. XXIV/430 S. u. XII/271 S.

Das hervorstechendste Merkmal dieses zweibändigen Lehr- und Handbuches sei zuerst gewürdigt: Es vermittelt einen genauen Einblick in die Ausgestaltung der finanzwirtschaftlichen Bereiche der Bundesrepublik Deutschland.

Von der Organisation der Finanzverwaltung, der Aufstellung, Durchführung und Kontrolle der Haushaltspläne, der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen, dem Schuldenwesen und öffentlichen Vermögen bis hin zu den Formen des Finanzausgleichs, internationaler Abkommen und Organisationen werden die Institutionen und Gesetze der BRD ausführlich dargestellt, in ihrer Entstehung und in ihrem Zusammenhang interpretiert und vom finanzwissenschaftlichen Standpunkt aus beurteilt. Der erste Band wird ergänzt durch einen kurzen Anhang über die Finanzwirtschaften der Parafisci und über die finanzwirtschaftlichen Besonderheiten in kommunistischen Ländern.

Der zweite Band, der der überkommenen Einteilung folgend als „Spezielle Steuerlehre“ überschrieben ist, behandelt die in der BRD bestehenden Steuerarten systematisch und im einzelnen.

Obwohl die konkreten Gegebenheiten Westdeutschlands stark in den Vordergrund rücken, eine Charakteristik dieses Werkes, die einem Lehrbuch der Finanzwissenschaft sonst nicht eigen ist, werden die Hauptprobleme der Finanztheorie keineswegs vernachlässigt. Die Theorie erfüllt hier überwiegend die Aufgabe, den „Fall BRD“ systematisch und maßstabgebend zu durchleuchten, während die spekulativen Seiten der Theorie nur gelegentlich anklängen.

Diese Anlage des Buches hat sicherlich viele Vorzüge, da dem Leser die finanzwirtschaftlichen Probleme nicht isoliert dargeboten

werden, sondern hinter der Fassade einer historischen und politischen Wirklichkeit aufscheinen. Das Buch eignet sich deshalb als zuverlässiger Führer nicht nur der Fachstudenten durch den „Irrgarten der Finanzgebarung“ eines modernen Industriestaates, sondern auch aller anderen am Handeln des Staates Interessierten.

Die Nachteile dieser Konzeption sind natürlich auch nicht zu übersehen. Sie liegen in einer Einschränkung der praktischen und theoretischen Problemstellungen und des Vergleichs mit ausländischen Staaten und deren Finanzwirtschaften. Besonders die Entwicklungsländer, deren finanzpolitische Sorgen das vermehrte Interesse der Wissenschaft immer dringender erfordern, werden nicht eigens behandelt. Auch widmet der Verfasser der Analyse der finanzpolitischen Zielsetzungen und damit einer stärkeren Betonung volkswirtschaftspolitischer Entscheidungen verhältnismäßig wenig Raum.

Der relativ kurze 5. Abschnitt über die öffentlichen Ausgaben lehnt sich noch stark an die traditionelle Behandlung dieser Probleme in älteren Lehrbüchern an. Er wird eingeleitet mit der u. E. wenig glücklich formulierten These von der „Unmöglichkeit einer wirtschaftlich fundierten Theorie der öffentlichen Ausgaben“. Die Finanztheorie hat sich gerade angeschickt, das allzu lange brachliegende Feld der öffentlichen Ausgaben systematisch und mit neuen Methoden zu beackern. Die Vorstellung, daß auf dem Gebiet der öffentlichen Ausgabegebarung die Finanzwissenschaft nichts beisteuern könne, hat angesichts der ständig wachsenden Ausgabenflut des Staates doch etwas Beängstigendes. Die Ausgaben als notwendigen Reflex der allgemeinen Politik (I./S. 158 f.) abzutun, hieße, dem Handeln des Staates jede mögliche wirtschaftliche Rationalität bei den politischen Entscheidungen abzuspochen. Es ist u. E. eine zentrale Aufgabe der modernen Finanzwissenschaft, brauchbare Maßstäbe für die Ausgabenpolitik des Staates zu entwickeln.

Im 8. Abschnitt über das öffentliche Vermögen behandelt der Verf. auch die Unternehmungsformen des sog. erwerbswirtschaftlichen Vermögens und Probleme seiner Reprivatisierung. Das staatliche Vermögen als Einnahmequelle, vor allem der Kommunalhaushalte, wird aber nur gestreift. Bei der ausführlichen Abhandlung des öffentlichen Kredits im 9. Abschnitt vermißt man wieder das Eingehen auf die besondere Situation der Entwicklungsländer, die ja meist in unverhältnismäßig hohem Maße auf die Finanzierung ihrer Haushalte durch Kredite angewiesen sind.

Den zweiten Band, der der speziellen Steuerlehre gewidmet ist, unterteilt der Verfasser in drei Hauptabschnitte: Vermögensteuern, Einnahmesteuern und Ausgabesteuern. Diese Einteilung stellt die äußere Form der Steuer, das jeweilige Steuerobjekt, in den Vordergrund. Die Begründung des Autors, daß nur diese Systematik eine zweifelsfreie Einordnung der einzelnen Steuern in bestimmte Gruppen zuläßt (II./S. 228), scheint uns nicht stichhaltig. Die Unterscheidung der

Steuern nach dem Steuerobjekt sagt oft wenig über den tatsächlichen Charakter einer Steuer aus. Man denke nur an die Vermögensteuer, die, soweit sie nicht die Vermögenssubstanz angreift (bei mäßigem Steuersatz also aus den Vermögenserträgen bezahlt wird), eine Art „Einkommensteuer“ ist und deshalb zu den Einnahmesteuern im Sinne der gewählten Systematik gehören müßte. Andererseits wäre die Gewerbekapitalsteuer nach der formalen Einteilung des Verf. zu den „Vermögenssteuern“ zu rechnen gewesen, weil deren Bemessungsgrundlage der Einheitswert ist; der Verf. klassifiziert sie aber als „Einnahmesteuer“.

Die Beispiele zeigen, daß mit *einem* einfachen Gliederungsgesichtspunkt die oft charakteristischen Querverbindungen zwischen verschiedenen Steuerformen nicht in den Griff zu bekommen sind. Eine Unterscheidung nach verschiedenen Kriterien scheint für eine „Beziehungslehre der Steuerformen“ (Günter *Schmölders*) im weitesten Sinne am zweckmäßigsten.

Im übrigen bietet aber der zweite Band eine beachtliche Fülle von Details über die bestehenden Steuerarten; schade nur, daß eine theoretische Erörterung der Ein- und Ausfuhrzölle kaum versucht wird.

Vielleicht wäre es wünschenswert gewesen, das zweibändige Werk gemäß seiner Konzeption noch mit mehr finanzstatistischen Zugaben zu ergänzen; jedoch wäre dadurch das Buch wohl noch erheblich teurer geworden.

Der Verf. hat bewußt auf spezielle Literaturzitate und -nachweise verzichtet. Dadurch wird die Lesbarkeit des Buches, welches bei großer Vielfalt verständlich geschrieben ist, noch begünstigt. Im übrigen soll dadurch dem Studenten nicht zuviel Mühe bei der Erarbeitung der Literatur erspart bleiben (so der Verf. im Vorwort); dem im Beruf stehenden Interessierten ist damit jedoch weniger geholfen.

Sehr bereichert wird das Lehrbuch durch die ausführliche Darstellung und Interpretation der geltenden Gesetze, Verordnungen usw. In zahlreichen Einzelheiten wird hier dem Leser die lange Erfahrung eines akademischen Lehrers, Verwaltungsbeamten und Politikers nutzbar gemacht. Das Buch steht würdig in der Reihe der großen bekannten Lehrbücher der Finanzwissenschaft. Klaus Tiepelmann, Köln

Ulrich Planck: Der bäuerliche Familienbetrieb zwischen Patriarchat und Partnerschaft. (Soziologische Gegenwartsfragen. NF Heft 20). Stuttgart 1964. Ferdinand Enke Verlag. 167 S.

Der deutschen Agrarpolitik hat seit jeher die soziologische Grundlage gefehlt. So ist es dringend notwendig, daß die agrarsoziologische Forschung in Deutschland sich zunehmend ausbreitet. Zu den grundlegenden Arbeiten von *Kötter*, *Wurzbacher*, *Ipsen* und *Linde* gesellt

sich nun das ausgezeichnete Buch von Ulrich Planck. Mit Recht betont er, daß das Verhalten der bäuerlichen Familie dafür entscheidend ist, ob die Forderungen, Erwartungen und Hoffnungen der deutschen Agrarpolitik in Erfüllung gehen. Wir sehen, wie die bäuerliche Familie sich von ihrer bisher mehr patriarchalischen Verfassung auf die partnerschaftliche Verfassung umstellt und daß das deutsche Bauerntum dabei ist, in der Betriebspartnerschaft und in der Partnerschaftsfamilie eine Sozialform zu finden, die der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung entspricht.

Die Untersuchung Plancks beruht zunächst auf einer genauen Kenntnis der sozialen und ökonomischen Verhältnisse der bäuerlichen Familie und des bäuerlichen Betriebes. Er hat dann eine bundesweite Repräsentativerhebung veranstaltet, die mit rund 1100 Interviews über das ganze Bundesgebiet streut. Die Befragten verteilen sich in ähnlicher Weise auf die Gemeinden verschiedener Größenklassen, wie die landwirtschaftliche Bevölkerung auch. Man wird deshalb dem Verfasser zustimmen können, daß seine Untersuchung einen repräsentativen Querschnitt der bäuerlichen Betriebe in der Bundesrepublik darstellt. Sie gewährt dadurch einen guten und zuverlässigen Einblick in die gesellschaftliche Entwicklung, die innerhalb des bäuerlichen Familienbetriebes vor sich geht, eine Entwicklung, die von Romantik und Materialismus gleich weit entfernt ist. Zu bedauern ist, daß die umfangreiche Literatur, die der Verfasser herangezogen hat, nicht in einem Literaturverzeichnis zusammengefaßt ist.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Werner Gebhard: Bewertungsprobleme in der Bilanz des volkseigenen Betriebes. (Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Band 16.) Berlin 1962. Duncker & Humblot. 165 S.

Die grundsätzliche Bedeutung der Bewertung betrieblichen Vermögens für zentralwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften ist erst kürzlich wieder deutlich geworden. Das für die mitteldeutsche Wirtschaft entwickelte „Neue ökonomische System der Planung und Leitung“ wurde 1963/64 mit der Umbewertung des Anlagevermögens eingeleitet. Die inzwischen abgeschlossene Neubewertung führte allein bei der sogenannten zentralgeleiteten volkseigenen Industrie, auf die etwa zwei Drittel der industriellen Produktion entfallen, zu einer Erhöhung der „Grundmittel“ um mehr als 50 vH. Diese Maßnahmen bewirkten aber nicht nur eine für die Kapitalerhaltung bedeutungsvolle Erhöhung des Abschreibungsvolumens und erhebliche strukturelle Veränderungen, sondern waren zwangsläufig Vorstufe für eine Umgestaltung des Preissystems überhaupt; die mitteldeutsche „Industriepreisreform“ ist zur Zeit noch in vollem Gange.

Diese in einer Zentralverwaltungswirtschaft gegebene Interdependenz betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Maßnahmen und Tat-

bestände ist bekannt; notwendigerweise mußte sie bei der Behandlung bilanzieller Bewertungsprobleme der staatlichen Betriebe Mitteldeutschlands berücksichtigt werden. Daß dies dem Verfasser in einer Weise gelang, welche die grundsätzliche Problematik derartiger Umbewertungen zeigt, die — durch wechselnde Anordnung von Festpreisen — den Keim für künftige Fehlrechnungen bereits in sich tragen, sichert die Bedeutung seiner Arbeit auch über das aktuelle Geschehnis hinaus.

Mit Recht zweifelt Gebhard die für die volkseigene Wirtschaft Mitteldeutschlands gesetzte Maxime der „ökonomischen Richtigkeit“ als geeignetes Bewertungsprinzip an. Einmal sind Kosten und Preis als Bewertungsgrundlagen im zentralen Plansystem staatlich manipulierbar, und zum anderen wird die „ökonomische Richtigkeit“ durch den zwischen Staat und Betrieb bestehenden Interessengegensatz beeinflusst, der sich beispielsweise in der Manipulierung der betrieblichen Bestände äußert.

Die Kritik des Verfassers an Kostenbegriff und Preisbildung setzt sich bei der Behandlung der Entwicklung der bilanziellen Bewertungsvorschriften fort, die klar den Übergang von betriebswirtschaftlichen Bewertungsgrundsätzen zu Regelungen erkennen lassen, die einem Wirtschaftssystem mit zentraler Lenkung entsprechen.

Angesichts dessen ist es bemerkenswert, daß der Verfasser bei seiner rechnungstheoretischen Analyse das Vorhandensein zweier Bilanztheorien festgestellt hat. Neben der für die Kontrolle des innerbetrieblichen Leistungsvollzugs nützlichen Bewertung zu Plankosten weist die in der Realisationsbilanz zum Ausdruck kommende Bewertung zu Istkosten auf das wachsende Absatzdenken hin.

Mögen auch einige der im Kapitel „Bewertung der Grundmittel“ enthaltenen Aspekte durch die inzwischen erfolgten Veränderungen anders erscheinen, so ist doch die Untersuchung Gebhards so bemerkenswert, daß sie jedem an der Analyse des wirtschaftlichen Geschehens in Mitteldeutschland Interessierten empfohlen werden kann.

Peter Mitscherling, Berlin

Peter Raisch: Die Abgrenzung des Handelsrechts vom Bürgerlichen Recht als Kodifikationsproblem im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1962. Ferdinand Enke Verlag. 141 S.

Angeregt durch den 100jährigen Geburtstag des ADHGB, den Beschluß der Bundesversammlung des Deutschen Bundes vom 31. Mai 1861, die Bundesregierungen einzuladen, das ADHGB in ihren Ländern als Gesetz einzuführen, untersucht Raisch die Abgrenzung des Handelsrechts vom Bürgerlichen Recht in den deutschen und ausländischen Kodifikationen des ausgehenden 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, um damit „zu einem von historischen Fehlvorstellungen freien Denkansatz für die sich immer neu stellende Frage nach dem Verhältnis des Handelsrechts zum bürgerlichen Recht beizutragen“. Die Untersuchung endet mit dem ADHGB; denn die

Frage, ob die vom Gesetzgeber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgenommene Aufteilung des privatrechtlichen Rechtsstoffes in ein BGB und in ein HGB damals richtig war und ob sie auch heute noch richtig ist, soll einer vom Verfasser geplanten rechtsdogmatischen, rechtstheoretischen und rechtspolitischen Überprüfung des geltenden Handelsrechts vorbehalten bleiben. Raisch beginnt mit einem Überblick über die Beurteilung des Verhältnisses des Handelsrechts zum Bürgerlichen Recht durch die Handelsrechtswissenschaft sowie durch die Verfasser des BGB und HGB und untersucht dann, wie das preußische ALR, der Code de Commerce, das spanische, portugiesische und holländische Handelsgesetzbuch, die deutschen Kodifikationsentwürfe vor dem ADHGB und das ADHGB die Abgrenzung des Handelsrechts vom Bürgerlichen Recht gelöst haben. Er zeigt auf, daß das Handelsrecht als Sonderrecht der Kaufleute — oder richtiger: als Sonderrechtsordnung des kaufmännisch organisierten Unternehmens — ein einheitliches Bürgerliches Recht voraussetzt, ein einheitliches Bürgerliches Recht aber überwiegend fehlte und wegen der politischen Verhältnisse auch nicht zu verwirklichen war, sondern lediglich ein Sonderrecht der Kaufleute. Unter Mißachtung dogmatischer Gesichtspunkte wurden daher grundlegende Bestimmungen des Schuld- und Mobiliarsachenrechts, die materiell zum Bürgerlichen Recht gehören und auf alle Rechtsgenossen hätten angewendet werden können, als Sonderrecht der Kaufleute in die handelsrechtlichen Kodifikationen nach dem Code de Commerce aufgenommen, um wenigstens für die Kaufleute ein einheitliches Zivilrecht zu schaffen. Durch die dogmatisch nicht gerechtfertigte Ausweitung des Begriffs der Handelsgeschäfte im ADHGB gelang es dann, das Anwendungsgebiet des in das ADHGB aufgenommenen „getarnten“ Bürgerlichen Rechts stark zu erweitern und auf diesem Wege bereits zu einer beträchtlichen Teilvereinheitlichung des Schuld- und Sachenrechts zu gelangen. Im Zuge der Vereinheitlichung auch des Bürgerlichen Rechts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnten die handelsrechtlichen Kodifikationen von den aus den genannten Gründen aufgenommenen Bestimmungen, die materiell Bürgerliches Recht waren, wieder entlastet werden, der Weg für eine dogmatisch folgerichtige Trennung von Handelsrecht und Bürgerlichem Recht war frei. Im Vorgriff auf die beabsichtigte Untersuchung, ob diese Trennung richtig gelungen ist oder wie sie rechtsdogmatisch folgerichtig vorzunehmen wäre, läßt Raisch erkennen, daß er als geeigneten Anknüpfungspunkt für die Sonderrechtssätze des Handelsrechts das Unternehmen ansieht.

Raisch stellt seinen umfangreichen Stoff in klarer, knapper, gut verständlicher Sprache dar und läßt den Leser angeregt zurück. Seine Schrift zeigt, wie fruchtbar die heute leider weitgehend vernachlässigten dogmengeschichtlichen Untersuchungen für die Fragen der Gegenwart sein können.

Folkmar Koenigs, Berlin

Otto Iden (Bearb.): Wörterbuch wirtschaftlicher Fachausdrücke Portugiesisch-deutsch. (Kieler Schrifttumskunden zu Wirtschaft und Gesellschaft.) Kiel 1963. Institut für Weltwirtschaft. 120 S.

Ein Wörterbuch für Fachausdrücke hinterläßt immer unerfüllte Wünsche. Es müssen immer Spezialausdrücke fehlen, die sich aus den wechselnden Anforderungen ergeben. Das ist unvermeidlich. Andererseits enthält das Fachwörterbuch Worte, die man eigentlich nicht dort suchen wird, etwa Diplomatie und Diplomat.

Ernst Samhaber, Hamburg

Herman Freudenberg: The Waldstein Woolen Mill. Noble Entrepreneurship in Eighteenth-Century Bohemia. 1963. Baker Library. 68 S.

Die gewerbliche und industrielle Produktion fand während des 17./18. Jahrhunderts nicht mehr nur in den Werkstätten der Zunftmeister und der Heimarbeiter statt, die von Verlegern beauftragt wurden. Manche Unternehmen konzentrierten Zweige der Fabrikation in ihren Betrieben, und einige wenige gingen noch einen Schritt weiter, indem sie die gesamte Arbeiterschaft in geschlossenen Fabriken zusammenfaßten. Zu diesen zählten die Werke, die neue Erfindungen auswerteten, so die Spiegel- und Porzellanmanufakturen. Im Textilgewerbe dagegen wurde zumeist nur die Appretur zentralisiert, so z. B. in der 1672 in Linz eröffneten Tuchfabrik. Wenig später aber konzentrierte dann die in Oberleutensdorf am Südbahange des Erzgebirges in Böhmen gegründete Tuchfabrik alle Vorgänge der Produktion in einem einzigen Betriebe.

Über dieses „moderne“ Unternehmen legt Freudenberg eine Monographie vor, die ganz entscheidend über das bisher Bekannte hinausgeht. Er stützt seine Darstellung zunächst auf die 20 Kupferstiche, die 1728 von verschiedenen Künstlern angefertigt worden sind und die über die Anlage des Werkes sowie über Einzelheiten der Produktion vom Kammsetzen, Spinnen, Noppen und Walken bis zum Färben und Pressen der Tuche Aufschluß geben. Diese für die Geschichte der Tuchherstellung einzigartige Quelle, über deren Entstehung, Beschreibung und Veröffentlichung in der bisherigen Literatur Freudenberg orientiert, wird hier in Reproduktionen nicht nur wiedergegeben, sondern auch im Texte näher ausgewertet.

Außer den Kupferstichen konnte Freudenberg während seines Aufenthaltes in der Tschechoslovakei auch bisher noch unbekannte Geschäftspapiere der Tuchfabrik benutzen. Gerade diese Unterlagen, die erst nach dem zweiten Weltkriege gefunden wurden, ermöglichten neben verschiedenem anderem Material der Archive in Brünn und Prag und vor allem des Staatsarchivs in Leitmeritz — auch in Wien —, eine ausführliche Firmengeschichte von 1715 bis 1819 aufzuzeichnen und sogar Statistiken, die als Anhang beigegeben sind, über die Zahl der verschiedenen Arbeitergruppen und die Höhe der

Produktion sowie des Absatzes in den einzelnen Jahren zusammenzustellen.

Besonders wichtig ist die vorliegende Veröffentlichung nicht zuletzt dadurch, daß sie über den Gründer des Unternehmens, seine Familie und Erben Neues zu berichten hat, über den Grafen Johann Joseph von Waldstein, der als reicher Grundherr und Erbe — u. a. seines Großonkels Johann Friedrich, des Erzbischofs von Prag — die Fabrik im Jahre 1715 einrichtete und sie bis 1730, bis zu seinem Tode leitete; seine Erben schieden 1819 aus der Geschäftsführung aus. Das, was Freudenberg in diesem Zusammenhange darstellt, bedeutet einen wesentlichen Beitrag zur Unternehmensgeschichte, die während der letzten Jahre von Fritz Redlich, der eine Einführung zu dem angezeigten Buche geschrieben hat, ganz entscheidend gefördert wurde.

Eberhard Schmieder, Berlin

Karl August Wittfogel: Die orientalische Despotie, eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. Köln u. Berlin 1962. Kiepenheuer & Witsch. 625 S.

Die These des Werkes ist folgende: Es gibt in der Geschichte den Typus der „hydraulischen Gesellschaft“, der sich ableitet aus der Notwendigkeit, größere Landflächen zu bewässern, um die Landwirtschaft ertragreich zu machen. Aus diesem „ökonomischen Unterbau“ leitet sich ein „politischer Überbau“ von Herrschaftsverhältnissen ab, die despotisch sind, weil sie um der ökonomischen Rationalität willen keine Zwischenkörperschaften, auch kein privates Eigentum, zulassen. In dieser „orientalischen Despotie“ geht alle Macht vom Staat aus und der gesellschaftlich relevante Klassenunterschied ist der zwischen den „Managern“ dieses Staatsapparats und den Außenstehenden, die keinerlei Macht haben. Diese despotische Staatsbürokratie erweist sich auch unabhängig von ihrem ökonomischen Bezugspunkt als lebensfähig und wird so zum Modell der totalitären Staaten der Neuzeit.

Diese politische Konsequenz, nach der insbesondere die Regierungs- und Staatsform der UdSSR als Form der orientalischen Despotie zu verstehen ist, ist vom Autor keineswegs unbeabsichtigt. Hier liegt vielmehr die eigentliche Triebkraft der Darstellung und auch ein großer Teil des Interesses begründet, das diesem Buch seit seinem Erscheinen in Amerika zuteil geworden ist. Wittfogel gehört zu den antistalinistischen Marxisten, an denen die westliche Welt in den fünfziger Jahren ein schnell verfliegendes Interesse nahm. Der Autor tut daher gut daran, wenn er den wissenschaftlichen Anspruch des Buches betont und den Leser davor warnt, sich nur auf die beiden Schlußkapitel zu beschränken, an deren Thesen der dogmatische Marxismus den Hauptanstoß nahm.

Der wissenschaftliche Apparat des Buches ist in der Tat beachtlich. Das ganze Panorama des Despotismus wird vor dem Leser entfaltet, der vielleicht schon daran gewöhnt war, den bürgerlichen Rechts-

staat als selbstverständlich zu betrachten und zu meinen, daß nur widrige äußere Umstände die allgemeine Industrialisierung der Welt bisher verhindert hätten. Wittfogel beleuchtet hier eine Realität, die etwa in dem Terminus „Entwicklungsländer“ ganz ausgeblendet ist. Allzulange hat man sich daran gewöhnt, die Welt aus der europäischen Perspektive zu betrachten und den Despotismus als eine Art Unglücksfall anzusehen. Wittfogel zeigt, daß es sich umgekehrt verhält: Die Ausnahme ist Europa, die Rechtssicherheit, die Achtung des einzelnen, die produktive Rationalität. Hätte sich Wittfogel auf eine derartige Darstellung beschränkt, so wäre das an sich schon eine begrüßenswerte wissenschaftliche Leistung gewesen. Er will jedoch mehr. Er will eine These beweisen, die er nach dem historischen Materialismus des Karl Marx konstruiert hat. Marx hat — worauf der Autor hinweist — anlässlich der Lektüre des Reiseberichts von *Bernier* und in Anlehnung an die klassischen Nationalökonomten zuerst das Bild der „asiatischen Produktionsweise“ entworfen und aus ihr soziologische Schlußfolgerungen abgeleitet. Anstatt diese These weiterzuführen, rückt er jedoch später von ihr ab — offenbar weil sie nicht in seine Geschichtsphilosophie paßt. Wittfogel versucht nun die alte Marxsche These zu verifizieren, und hier muß man bei allem Respekt vor der Gelehrsamkeit des Autors doch Bedenken anmelden, ob ihm das gelingt. Allzu deutlich ist, daß zuerst das theoretische Gerüst vorhanden ist und dann erst die Tatsachen, die in dieses eingeordnet werden; allzusehr wird der — in Grenzen durchaus wertvolle — Terminus „hydraulische Gesellschaft“ strapaziert, wenn versucht wird, den ägyptischen Pharaon, den türkischen Sultan, den russischen Zaren, den römischen Imperator, den chinesischen Kaiser und noch einige andere von demselben Begriff her zu erklären. Richtig und wichtig ist es, daß der Verfasser immer wieder auf den fundamentalen Unterschied zwischen Europa und dem Orient hinweist, aber es fragt sich doch, ob man diesen Unterschied aus den materiellen Bedingungen der Produktion ableiten kann — zumal wenn, wie der Verfasser selbst zugibt, die orientalische Despotie keineswegs eine wirklich hydraulische Gesellschaft voraussetzt.

Die Erfahrung zeigt, daß es nicht nur einen Grund, sondern viele verschiedene Gründe für den Despotismus gibt und daß er sowohl materiell als auch geistig recht unterschiedliche Konsequenzen haben kann. Mit der berühmten marxistischen Formel, daß sich „letzten Endes“ aber alles nach den und den Kategorien richte, kann man sehr viel erklären. Wirkliche Ursachen, so steht es schon bei *Wilhelm von Ockham*, sind wirksame Ursachen. Diesen nachzugehen scheint wichtiger zu sein, als das Bemühen, Theorien zu verifizieren, deren Alternativen — Sklaverei und Freiheit, Wittfogel S. 553 — doch wohl zweifelhaft sind, zumal der Autor selbst feststellt, daß es in der hydraulischen Gesellschaft nur selten Sklaverei gibt.

Friedrich Jonas, Wolbeck